Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 13. Januar 1932 | 12. Jahrgang Nr. 10

Ernst Thälmann — der rote Kandidat der deutschen Arbeiterklasse

Beschluß des Zentral-Komitees der KPD zu den Präsidentschaftswahlen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat zur Frage der Präsidentschaftswahlen Stellung genommen. Die Kommunistische Partei Deutschlands, als die einzige politische Klassenvertretung des deutschen Proletariats, wird durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und die aktivste Mobilisierung der ausgebeuteten Volksmassen selbständig am Wahlkampf teilnehmen. Die Kommunistische Partei betrachtet die Präsidentschaftswahlen, wie alle anderen öffentlichen Wahlen und Volksabstimmungen, nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe, als einen Bestandteil

des Kampfes von Klasse gegen Klasse

Sie ist sich vollkommen der Tatsache bewußt, daß es ihr nicht möglich ist, unter der Herrschaft des Kapitalismus die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nach den „Spielregeln" der bürgerlichen Verfassung auf ihren Kandidaten zu vereinigen.

Die Kommunistische Partei benutzt vielmehr die Präsidentschaftswahlen, um die Millionenmassen der Arbeiterschaft auf Grund ihrer Tageskämpfe für die bolschewistischen Ziele aufzurütteln, um die Einheitsfront des Proletariats, als Führer aller Werktätigen, zu erweitern und zu festigen, um die Parteien der sich faschisierenden bürgerlichen Diktatur und ihre zuverlässige Stütze, die Sozialdemokratie, als die Todfeinde der gesamten Arbeiterklasse zu entlarven und zu bekämpfen.

Angesichts der Bestrebungen, für die Kandidatur des gegenwärtigen Präsidenten Hindenburg in ganz Deutschland alle Agenten des in- und ausländischen Finanzkapitals, von den Nationalsozialisten über die Brüningschen Regierungsparteien bis zur Sozialdemokratie, zu einem reaktionären Block zu vereinigen, gewinnt die Aufstellung einer kommunistischen Arbeiterkandidatur, einer

Klassenkandidatur des Proletariats gegen alle seine Ausbeuter und Unterdrücker,

besonders große Bedeutung.

Das Zentralkomitee hat den Beschluß gefaßt, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Genossen Ernst Thälmann, als roten Arbeiterkandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führt

den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenaktion,

gestützt auf alle Klassenorganisationen und Einheitsfrontorgane des Proletariats, unter folgenden Losungen:

1. **Klasse gegen Klasse!**
2. **Rote Einheitsfront — gegen die gesamte Reaktion von Severing bis Hitler!**
3. **Für den roten Arbeiterkandidaten — gegen den Kandidaten des Kapitals, der Faschisten und der Sozialdemokratie!**
4. **Für den Kandidaten der sozialen und nationalen Befreiung — gegen den Kandidaten der Tribute und Reparationen!**
5. **Für den Kandidaten der Armen — gegen den Kandidaten der Reichen!**
6. **Für Brot und Freiheit — gegen Not und Knechtschaft!**
7. **Für ein freies sozialistisches Deutschland im Bündnis mit der Sowjetunion und dem Weltproletariat — gegen den bankrotten Kapitalismus!**

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die gesamte Arbeiterklasse, alle Ausgebeuteten in Stadt und Land auf, überall unterdiesen Losungen den Kampf aufzunehmen. Zehntausende von roten Wahlhelfern zu stellen, in den Betrieben und an den Stempelstellen rote Einheitsausschüsse zu bilden und ihre Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu geben.

Berlin, den 12. Januar 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der vorstehende Beschluß des Zentralkomitees unserer Partei wird den stärksten Widerhall im ganzen deutschen Proletariat und eine Welle des begeisterten Kampfwillens unter Millionen revolutionären Arbeitern auslösen.

Die Bedeutung dieses Beschlusses besteht darin, daß die Kommunistische Partei — wie in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen — mit ihrer selbständigen proletarischen Klassenpolitik auch bei den Präsidentschaftswahlen auftritt.

Die deutschen Arbeiter, die werktätigen ausgebeuteten Schichten konnten in den letzten Tagen erleben, wie die Wels und Leipart gleichermaßen wie die Hugenberg und Hitler auf Brünings Einladung versicherten, daß sie mit Herz und Hand für den Marschallpräsidenten Hindenburg einstehen. Der reaktionäre Block der neuen faschistischen „Volksgemeinschaft" hebt Hindenburg auf den Schild. Hindenburg, der Unterzeichner aller Notverordnungen, der Unterzeichner des Young-Plans ist ebenso der Kandidat der sozialdemokratischen Führerschaft, wie der Nazi-führer, Brünings, Groeners und der Leute vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Die sozialdemokratischen Führer haben in die Hindenburg-Front nicht erst einzuschwenken brauchen — sie standen und stehen als Hauptstütze in der Notverordnungsfront der Brüning-Hindenburg. Sie standen und stehen zur Sache jener Klasse, die gegen das Proletariat und die gewaltige Mehrheit der Volksmassen mit brutalsten Methoden regiert. Sie folgen den Befehlen jener Klasse, deren Politik auch die Hugenberg-Hitler skrupellos durchführten. Alle vielleicht noch kommenden Manöver der einzelnen Parteien der faschistischen „Volksgemeinschaft" ändern nichts an der Klassenposition für die Bourgeoisie, die die Sozialdemokratie in den letzten Tagen offen enthüllt haben.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat beschlossen, den Genossen Ernst Thälmann als kommunistischen Arbeiterkandidaten gegen Hindenburg und alle anderen Kandidaten der bürgerlichen Front aufzustellen.

Thälmann gegen Hindenburg — in diesen beiden Namen drückt sich die Frontstellung Klasse gegen Klasse aus.

In diesen Namen marschiert die Front der Arbeiterklasse als revolutionäre Führerin aller mit ihr verbündeten Werktätigen gegen die Front der kapitalistischen Diktatur von Wels bis Hitler.

Sie sind der Ausdruck des unversöhnlichen Kampfes zwischen den Lebensinteressen des leidenden, ausgebeuteten, unterdrückten Volkes, der Mehrheit der Volksmassen auf der einen — und den Herrschaftsinteressen einer Minderheit, der Kapitalistenklasse auf der anderen Seite.

Diese Namen sind nicht nur eine Demonstration: der Kandidat der revolutionären Arbeiter gegen den Repräsentanten des herrschenden kapitalistischen Systems, sondern ein Kampfruf zur außerparlamentarischen Mobilmachung der proletarischen Millionen und aller Werktätigen für Brot und Freiheit, gegen Not und Knechtschaft.

Sie verkünden, daß die Kommunistische Partei als führende Kraft der roten Einheitsfront die Fahne des kommenden sozialistischen Rätedeutschlands gegen die Front der Notverordnung, der Young-Politik, der faschistischen Entrechtung, gegen die ganze kapitalistische Diktatur entfaltet hat.

Die Einleitung der Massenmobilmachung zu den Präsidentschaftswahlen stehen im Zeichen der Fortsetzung unserer roten Einheitsfrontpolitik, wie sie der Einheitsappell des Zentralkomitees unserer Partei an die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners entwickelte.

Sozialdemokratische Arbeiter, her zu uns in die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und faschistischen Terror, her zu uns im brüderlichen Bündnis in allen Tageskämpfen, her zu uns zur gegenseitigen Hilfe gegen jeden Angriff des Klassenfeindes — das heißt jetzt auch, bei den Präsidentschaftswahlen:

Her zur Front des roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann! Kampferklärung gegen die Hindenburgische Notverordnungsfront von Wels über Brüning bis Hitler!

Chinas Rote Armee marschiert

Moskau, 12. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt, daß Meldungen aus Nanking vorliegen, nach denen Truppenteile der chinesischen Roten Armee im Kampf gegen die Kantoner Regierungstruppen mehrere Städte erobert und Befehl erhalten haben, auf Kanton zu marschieren. Zur Zeit bemüht sich die Kantonregierung, Truppen zusammenzuziehen um die roten Offensive zum Stillstand zu bringen.

Henker Tschangkaischek meldet sich

Der Marschall Tschangkaischek soll sich bereit erklärt haben, die Präsidentschaft zu übernehmen, wenn „ihn das Volk rufe". Ob die imperialistischen Machthaber ihm schon wieder einen Auftrag erteilt haben?

Oppositionserfolg im Heizer- und Maschinistenverband

(Eig. Meldung.) Hatburg, 13. Januar.

Am Sonntag fanden die Vorstandswahlen in der Ortsgruppe des Heizer- und Maschinistenverbandes statt. Diese Wahlen endeten mit einem großen Erfolg der Opposition. Während bisher die Reformisten den gesamten Vorstand besetzt hatten, wurden sie bei den Wahlen am Sonntag vernichtend geschlagen. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden wurden 53 Stimmen für die Opposition und 23 Stimmen für die Reformisten abgegeben. Ebenso wurden die Funktionen des zweiten Vorsitzenden und des ersten Schriftführers von der Opposition besetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0001

IG-Farben-Aktionären geht es gut!

Halle, 13. Januar.

Soeben ist der letzte Vierteljahrsgeschäftsbericht des IG-Farbenkonzerns veröffentlicht worden. In dem Bericht wird festgestellt, daß sich gegenüber dem dritten Quartalsbericht für das Jahr 1931 die Lage der Unternehmungen der IG-Farbenindustrie nicht wesentlich verändert habe. Das bedeutet also, daß der Geschäftsgang „nach wie vor befriedigend" ist. Wir erinnern aber daran, daß inzwischen in dem Geschäftszweig der IG-Farben, der noch in dem dritten Quartalsbericht sozusagen als das Sorgenkind für die Profitinteressen der IG-Aktionäre hingestellt wurde, nämlich die Stickstoffproduktion, insofern eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist, als die bekannten Millionenaufträge für das französische Stickstoffkontor abgeschlossen wurden und damit der Absatz der diesjährigen Jahresproduktion an synthetischem Stickstoff zum größten Teil gesichert ist. Wenn also im Geschäftsjahr 1930 bei der IG-Farbenindustrie ein Gesamtreingewinn von über hundert Millionen Mark aus den Knochen der Chemieproleten herausgeschunden werden konnte, so steht jetzt schon für das Geschäftsjahr 1931 fest, daß dieselbe Summe auf Grund der Massenentlassungen, auf Grund des Lohnraubes, kurz wiederum auf Kosten der Chemieproleten für die Aktionäre herausgepreßt wurde.

Aber in dem Geschäftsbericht befindet sich auch der Hinweis auf die vierte Notverordnung Brünings. In vorsichtiger Weise wird gesagt, daß die Auswirkungen dieser Notverordnung „noch nicht zu übersehen" seien. Genau so sagten es gestern die Leuna-Könige durch ihre Werksleitung den roten Betriebsräten, die ihnen die Forderung der Leuna-Belegschaft auf Zahlung einer außertariflichen Werkszulage als Ausgleich für den durch Tarifdiktat erfolgten Lohnabbau unterbreiteten. Auch sie wollen den Preisabbau „noch abwarten". Dann wollen sie über die Forderung verhandeln.

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß in der vergangenen Woche ein Direktionsmitglied der Filmfabrik Wolfen dem roten Betriebsrat erklärte, daß der Lohnabbau in der chemischen Industrie zwar bedauerlich sei (!! Die Red.), daß „aber damit zu rechnen sei, daß in absehbarer Zeit ein weiterer Lohnabbau durchgeführt werden müsse".

Chemiearbeiter und -arbeiterinnen! 1930 einhundert Millionen Mark Reingewinn für die IG-Könige! 1931 dasselbe Resultat!

Und ihr, Chemieproleten? Lohnabbau über Lohnabbau, immer neue Massenentlassungen! Schon finden die Vertreter des mächtigsten deutschen Konzerns an, daß diese Sicherung ihrer Profite auf Kosten der verelendeten Massen rücksichtslos auch im Jahre 1932 durchgesetzt werden soll. Immer noch hoffen die Ausbeuter, sich auf die sozialfaschistischen und brandleristischen Verräter in den Betriebsratszimmern und Gewerkschaftsbüros verlassen zu können. Immer noch glauben sie, mit deren Hilfe die gespaltene Arbeiterklasse weiter erniedrigen zu können. Mit aller Kraft gilt es deswegen, dem IG-Gewaltigen die Antwort auf die Feststellungen ihres letzten Geschäftsberichtes, auf die Ankündigung neuen Lohnraubes durch die Bildung der roten Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Chemiehöllen Mitteldeutschlands zu erteilen. Rote Kampforgane in jedem Betrieb, in jeder Abteilung, rote Aktionen in den Betrieben nach dem Beispiel von Griesheim, Film und Anilin, das ist der Weg, der zur Massenaktion gegen die Ausbeuter dort führt, wo sie am empfindlichsten getroffen werden können — im Betrieb!

SPD verhindert Reichstagseinberufung

(Eig. Meldung.) Berlin, 12. Januar.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstags, der eingebracht war, um zu dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom 1. und 8. Dezember, zu einer finanz- und wirtschaftspolitischen Aussprache und zu einer außenpolitischen Debatte Stellung zu nehmen. Genosse Torgler begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß sich inzwischen die ungeheuren Auswirkungen der Notverordnung vom 8. November in Gestalt des 10- bis 15-prozentigen Lohn- und Gehaltsabbaues, des Abbaues der sozialen Einrichtungen und den übrigen, die Massen in der schwersten Weise belastenden Maßnahmen gezeigt haben. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung dieser Notverordnung entspreche also den Lebensinteressen der werktätigen Massen.

Nachdem die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatten, daß für sie mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhandlungen keine Veranlassung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstags bestände, wurde der kommunistische Antrag auf Reichstagseinberufung abgelehnt. Außer den Kommunisten stimmten nur noch die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen für die Einberufung, nachdem diese Demagogen sich vergewissert hatten, daß eine Mehrheit gegen den kommunistischen Antrag vorhanden war.

Werkpolizei gegen rote Betriebsräte

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. Januar.

Genosse Sauer, Betriebsrat im Siemens-Elno-Werk und Mitglied des Gesamtbetriebsausschusses des Siemens-Konzerns, wurde gestern fristlos entlassen mit der Begründung, daß er am 4. Januar in der Garderobe und in der Metallgießerei zum Streik aufgefordert habe.

Gestern nachmittag wurde im Siemens-Elno-Werk die rote Betriebsrätin Santa Feineis fristlos mit der Begründung entlassen, sie hätte zum Streik aufgefordert und vor dem Betrieb Flugblätter verteilt. Als die rote Betriebsrätin nicht sofort das Gebäude verließ, hetzte ihr die Firma die Werkpolizei auf den Hals, was in der Belegschaft große Empörung hervorrief. — Worzum dieser Terror gegen die roten Betriebsräte? Weil sie so mutig für die Interessen der Belegschaften eintreten und die rote Einheitsfront gegen die Lohnräuber mobilisieren.

800 Siemens-Arbeiter aufs Pflaster

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. Januar.

Für den 13. Januar sind bei Siemens mit dem Gewerberat Verhandlungen angekündigt wegen Stillegung des Siemens-Rundfunkwerkes und der Siemens-Bau-SA-Montage. 800 Arbeiter sollen bei der geplanten Stillegung entlassen werden. Die Firma versucht, die Karenzzeit von vier Wochen zu umgehen. Die Reformisten mußten zugeben, daß bereits 700 Arbeiter entlassen sind.

Leuna-Arbeiter, kämpft für eure Forderung

(Eig. Meldg.) Leuna, 13. Januar.

Die roten Betriebsräte des Leuna-Werkes haben die Forderung auf vollen Lohnausgleich für den durch Tarifdiktat erfolgten Lohnabbau durch Zahlung einer außertariflichen Werkszulage der Werksleitung unterbreitet und entsprechende Verhandlungen geführt. Die Leuna-Könige stellten sich auf den Standpunkt, daß sie „erst noch einige Wochen abwarten" müßten, um der Forderung näherzutreten. Sie erwarteten, daß „durch die Notverordnung der Regierung ein Preisabbau" erfolge. Die Lage der Leuna-Belegschaft würde auch von ihnen voll erkannt, (!!) man habe aber eben eine Krise und müsse der Betrieb unter allen Umständen rentabel sein.

Die roten Betriebsräte ließen sich mit der Erklärung selbstverständlich nicht abspeisen. Sie wiesen auf die ungeheuren Lohnabbau-Maßnahmen hin, die bereits durchgeführt worden „zur Senkung der Gestehungskosten", wie sich die Werksleitung immer so schön ausdrückt. Rentabilität des Betriebes hieße eben besonders in der Chemie Millionenüberschuß.

Es war vorauszusehen, daß die Leuna-Könige auf dem Verhandlungswege die Forderungen der Belegschaft nicht erfüllen würden. Die Mobilisierung der Leuna-Betriebe muß weiter in schnellstem Tempo erfolgen. Kein Bau, keine Abteilung darf es geben ohne vorbereitende Kampfausschüsse.

Gegen die feigen sozialfaschistischen Saboteure der Einheitsfront

Die Unternehmerlakaien aller Schattierungen versuchen mit allen Mitteln, einen Kampf zu verhindern. Besonders die Sozialfaschisten kämpfen mit Lüge, Verleumdungen und Denunziation. Die letzten Schwindelmeldungen der sozialfaschistischen Presse, daß die roten Leuna-Betriebsräte „von einem Streik nichts wissen" wollten, beweisen das. Die Hetze in der SPD-Presse wird durch eine Erklärung des Arbeiterratsvorsitzenden, Genossen Reinhold Schulze, gründlich angeprangert. Die Erklärung, die der Genosse Arbeiterratsvorsitzende abgegeben hat, lautet wie folgt:

Erklärung!

„Wie ich erfahre, geht eine Lügennotiz über eine angebliche Erklärung, die ich in einer Leuna-Betriebsratssitzung getan haben soll, durch die gesamte SPD-Presse.

Ich erkläre dazu, daß es sich dabei um ein elendes Demagogenstückchen des sozialfaschistischen Leuna-Betriebsrates Walther handelt. Walther wollte mich zu einer unüberlegten Aeußerung über ein Flugblatt, das er in der Hand hielt, in provozierender Weise veranlassen. Ich erklärte: „Was du da erzählst, geht mich nichts an. Ich betone, daß sämtliche roten Betriebsräte und ich persönlich in der Betriebsratssitzung die Kampffrage gegen den Lohnabbau einheitlich und klar aufrollten. Wir stehen auf dem Boden der Streiktaktik der RGO, die durch rote Kampfeinheit erfolgreiche Lohnkämpfe organisiert. Der Wutausbruch des Sozialfaschisten Walther ist dadurch zu erklären, daß die Sozialfaschisten gegen unsere neue zentrale Kampfloslung für den Leuna-Werk:

„Vollen Lohnausgleich für den durch Tarifdiktat erfolgten Lohnabbau durch Zahlung einer außertariflichen Werkszulage!"

mit all ihrer Demagogie nicht aufkommen konnten.

Sie mußten kapitulieren und einstimmig unsere Kampfforderungen annehmen, um nicht noch ihren letzten Einfluß bei der Belegschaft zu verlieren.

Das zur Richtigstellung über den jüngsten SPD-Schwindel.

Reinhold Schulze,
Arbeiterratsvorsitzender des Leuna-Werkes.

Weitere erfolgreiche Streiks

(Eig. Meldg.) Berlin, 13. Januar.

Die Belegschaft der Berliner Luxus-Papierfabrik Wagner, Wiener Straße, trat kürzlich gegen einen 10prozentigen Lohnabbau in den Streik. Die Firma war jetzt gezwungen, den gesamten Lohnabbau zurückzunehmen.

(Eig. Meldg.) Allenstein, 13. Januar.

In Allenstein (Ostpreußen) streikten kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter gegen die Arbeitsdienstpflicht. Sie haben jetzt erreicht, daß der Magistrat beschloß, vorläufig die Arbeitsdienstpflicht nicht durchzuführen.

(Eig. Meldg.) Hohenlimburg, 13. Jan.

Die Arbeiter des Betriebes Hüsecke in Hohenlimburg haben den Lohnabbauversuch des Unternehmers abgewehrt. Angesichts des einmütigen Streikwillens mußte der Unternehmer sich verpflichten, die alten Löhne weiter zu zahlen. Im Betrieb Bilstein hatten die Kollegen beschlossen, am 11. Januar in den Streik zu treten. Daraufhin verpflichtete sich der Unternehmer, bei den Tagelöhnern keinen Lohnabzug und bei den Akkordlöhnern statt eines zehnprozentigen, einen fünfprozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Angesichts dieses Teilerfolges wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im Betrieb Schüren & Meyer, Lethmate mußte sich der Unternehmer ebenfalls verpflichten, keinen Lohnabbau vorzunehmen.

Nazis sind Streikbrecher

(Eig. Meldg.) Hohenlimburg, 13. Jan.

Am 8. und 9. Januar wurde die Hohenlimburger SA alarmiert, um die Streikbrecher in dem Betrieb Birken und Rähr zu bringen. Die Nazis waren mit dicken Knüppeln bewaffnet und hatten mehrere Hunde bei sich. Angesichts der Massenstreikposten wagte sich die SA, die jedesmal in geschlossenen Trupps zum Betrieb wollte, nicht vor. Am Freitag, dem 8. Januar, wurden drei Arbeiter festgenommen, die angeblich Streikbrecher mißhandelt haben sollen. Die Verhaftung hatte eine Massenempörung der Hohenlimburger Arbeiterschaft zur Folge. Eine Delegation wurde zur Polizei geschickt, die die sofortige Freilassung der Arbeiter forderte und auch erreichte.

Riesendemonstrationen in Paris

Die französische Regierung zurückgetreten — Massenverhaftungen vor dem Kammergebäude in Paris — Bildung einer nationalen Regierung ohne Briand

(Eig. Meldung.) Paris, 12. Januar.

Der französische Ministerpräsident Laval hat heute mit seinem Gesamtkabinett demissioniert. Die Radikalen hatten sich geweigert, in die Regierung einzutreten. Laval erklärte dem französischen Präsidenten, daß die auswärtige Lage die Bildung einer nationalen Regierung notwendig mache. Die Reparationsfrage, die bevorstehende Konferenz in Lausanne, die Erklärung Brünings über die Unmöglichkeit der weiteren deutschen Tributzahlungen lassen es für den französischen Imperialismus als notwendig erscheinen, eine solche Wendung, die eine Verstärkung der Reaktion im Innern und eine Verschärfung der außenpolitischen Widersprüche bedeutet, zu machen. Briand wird, wie die bürgerliche Presse mitteilt, keine Ministerposten wieder übernehmen.

Massenverhaftungen in Paris

Während der Tagung der Kammer kam es zu Riesendemonstrationen der Arbeitslosen. Ein ungeheures Polizeiaufgebot sperrte alle umliegenden Straßen ab. Es sollen rund 3000 Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Und die andern?

Offene bolschewistische Selbstkritik

Gräfenhainichen, 9. Januar 1932.

Werte Genossen!

Wir haben in unserer Parteiversammlung am 7. Januar das tiefe politische Niveau unserer Parteimitglieder festgestellt und somit die Ursache der Passivität der Mitglieder gefunden. Wir bestellen ab Februar 30 Exemplare der Zeitschrift „Propagandist".

Mit kommunistischem Gruß
KPD, Ortsgruppe Gräfenhainichen.

Die Genossen der Ortsgruppe Gräfenhainichen haben den richtigen Weg gefunden. Und die anderen?

Rote Einheit gegen Naziterror

Nazi sticht SPD-Mann nieder

In Altenburg (Thüringen) kam ein sozialdemokratischer Arbeiter mit einem Nazi in eine Diskussion. Der Nazi zog ein Messer und stach den sozialdemokratischen Arbeiter nieder. Der Täter ist geflüchtet.

Arbeiter von Nazis erschossen

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag vergangener Woche wurde in Kronenberg auf offener Straße ein Arbeiter von einem Nationalsozialisten ohne jede Veranlassung erschossen. Der Arbeiter ist heute seinen Verletzungen erlegen. Der Kroneberger Arbeiterschaft hat sich ob dieses neuen Blutbad der Faschisten eine ungeheure Empörung bemächtigt.

KPD-Stadtverordneter viehisch mißhandelt

In Pirna ereignen sich jetzt täglich Ueberfälle von Nazis auf kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter. So wurde der kommunistische Stadtverordnete Pauzsch auf der Straße von zehn Nazis überfallen, mit Schlagringen und Stahlruten niedergeschlagen und viehisch mißhandelt. 25 Pirnaer Nazis überfielen drei Arbeiter und schlugen sie zu Boden. Die Nationalsozialisten besahen dann noch die Frechheit, die Polizei anzurufen und sich selbst als Ueberfallene auszugeben, obgleich den drei Arbeitern die achtfache Ueberzahl der Nazis gegenüberstand und die Nazis von einem Wirthund begleitet waren. Es wurde festgestellt, daß die Nazis mit Totschlägern und Messern bewaffnet waren.

Der Raziminister Klages hat das Buch „Im [illegible] nichts Neues" für alle Schulen in Braunschweig verboten.

Zur Einführung der Schlachtsteuer in Preußen sollen in den nächsten Wochen weitere Verbandlungen stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0002

Frankreich proklamiert „geheiligtes Tributrecht“

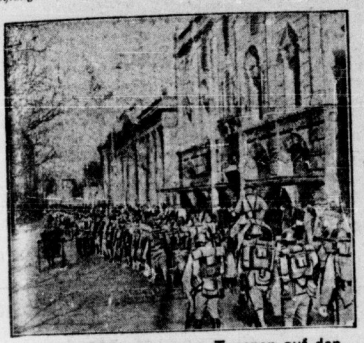
Die imperialistische Weltpresse weist die Erklärung Brünings in scharfem Tone zurück

Die Erklärung Brünings hat überall im Ausland ungeheures Aufsehen erregt und besonders in Frankreich einen Sturm ausgelöst.

Die französische Presse stößt die schärfsten Drohungen aus. Sie spricht von einer Abenteurerpolitik Brüning, proklamiert die Unantastbarkeit von Versailles und des Youngplanes und droht mit Kreditabwärtung und Einfuhrsperre. Ein vielverheißendes Vorspiel zur Lausanner Konferenz.

Wir lassen die Pressestimmen folgen:

Der französische Finanzminister Flandin erklärte: „Wenn die Worte, die man dem Reichskanzler in den Mund legt, gefallen sind, so würden sie bedeuten, daß die deutsche Regierung den Bestimmungen des Youngplanes und des Versailler Vertrages ein Ende bereiten würde. Man muß ihre amtliche Bestätigung abwarten. Aber es ist klar, daß kein Franzose die einseitige Kündigung freiwillig unterzeichneter Abkommen dulden könnte, eine Kündigung, welche die Zerstörung unseres geheiligten Rechtes auf die Reparationen in sich schließen würde... Wenn der Lausanner Konferenz eine derartige Erklärung der Zahlungseinstellungen vorausgehen sollte, so wäre es zwecklos, sie



Japan wirft immer neue Truppen auf den chinesischen Kriegsschauplatz

zusammenzuberufen. Man kann tatsächlich nicht gleichzeitig mit den Rechten Frankreichs so leichtfertig umspringen und um dessen Mitarbeit ersuchen.“

Der offiziöse „Temps“ schreibt: „Wenn diese Haltung sich endgültig in Lausanne bestätigen sollte, so würde sie allen Regeln, die den Beziehungen zwischen zivilisierten Völkern zugrunde liegen, ein Ende bereiten. Sie würde die internationale Ordnung, die Jahrhunderte hindurch Wirkung hatte, zerstören, sie würde jedes Vertrauen in die Wiederaufrichtungsmöglichkeiten eines Landes endgültig töten, für das die Verträge und Abkommen nur Fetzen Papier sind.“

„Republique“ schreibt: „In dem Protest gegen die Inkorrektheit und Unzweckmäßigkeit der Geste Brünings werden alle Franzosen einig sein“.

„Oeuvre“ schreibt, die Erklärung Brünings habe den französischen Friedensfreunden die Arbeit erschwert.

„Agence Havas“ meldet, daß der Ministerrat am Dienstag darüber beraten werde, man könne aber annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz am 25. Januar erscheinen werde.

„Paris Midi“ meint, Frankreich werde gegen Deutschland die schärfsten Mittel anwenden und vor allem der Reichsbank die Erneuerung der gewährten Kredite von 100 Millionen Dollar verweigern.

Die „Liberté“ sagt: Es sei nicht daran zu zweifeln, daß der Ministerrat eine klare, geschlossene Haltung gegenüber Deutschland einnehmen werde.

„Pertinax“ meint, daß Frankreich nicht nur die 100 Millionen Dollar kündigen werde, sondern daß man auch scharfe wirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Sperrung der Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich, treffen werde. Die französische Oeffentlichkeit — so schreibt er — werde es nicht zulassen, daß man Verträge wie einen Fetzen Papier behandle.

„Daily Telegraph“ sieht in der Erklärung Brünings eine Erschwerung der Situation. „Morningpost“ schreibt: „Wir bekennen offen, daß wir weder die Form, noch den Inhalt dieser Erklärung billigen“. „Daily Expreß“ meint, daß „Lausanne nun überflüssig“ geworden sei.

Die polnischen Zeitungen sprechen von „politischem Wahnsinn“. Es heißt dort: „Die Erklärung Brünings ist ein Akt des politischen Wahnsinns“. Andere polnische Zeitungen sprechen von einem europäischen Finanzskandal.

Mandschurei Aufmarschgebiet gegen SU.

Japanische Antwortnote an Amerika — Japan beruft sich auf die Sanktion des Völkerbundes für seinen Raubkrieg — Bau japanischer Eisenbahnen in China

Mukden, 12. Januar. Die japanische Regierung, die ihre Demission zurückgenommen hat, schickte eine Antwortnote an die Vereinigten Staaten, worin sie erklärt, daß ihr Vorgehen in China durch den Beschluß des Völkerbundrates vom 10. Dezember gedeckt sei. Japan bezwecke lediglich eine Einstellung der planmäßigen japanfeindlichen Bewegung in China und eine Anerkennung der zwischen China und Japan bestehenden Verträge.

In Mukden tritt eine Konferenz der Eisenbahnen der Nordmandschurei unter Führung des Direktors der südmandschurischen Bahn zusammen. Die japanische Abordnung wird verlangen, daß die Konferenz dem Bau von vier neuen Eisenbahnen mit japanischem Gelde zustimmen solle. Die Tagung soll eine große Bedeutung für die Zukunftspläne Japans in der Mandschurei haben, die ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion werden soll.

Das japanische Oberkommando bestätigt die Entsendung von Truppen zur Besetzung von Charbin. Die chinesischen Behörden von Charbin haben bereits beschlossen, die Stadt zu übergeben.

In Tsitsikar wurde eine Provinzialregierung aus Strohmännern Japans gebildet. Die neue Regierung hat erklärt, daß sie die japanischen Truppen bitten werde, zu bleiben, um den „Schutz“ der Stadt zu übernehmen. Außerdem will die neue Provinzregierung keine Beziehungen zu Moskau pflegen.

Siegeszug der Roten China-Armee

Schanghai, 11. Januar. Die chinesische Rote Armee, die vor kurzem den Regierungstruppen eine schwere Niederlage beigebracht und Huanan besetzt hat, nahm gestern Huangpi, zwanzig Meilen vor Hankau, ein.

Rücktritt Lavals

TU. Paris, 12. Januar. Das französische Kabinett, das am Dienstag mittag zusammentrat, hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Der Rücktritt Lavals ist eine Folge der im Zusammenhang mit der Erklärung Brünings aufgetauchten Schwierigkeiten. Laval ist zurücktreten, um die Basis der Regierungskoalition zu verstärken und sich eine um so festere Basis zum Kampfe für die Aufrechterhaltung und Festigung des Youngsystems zu sichern.

Generalstreik in Chile

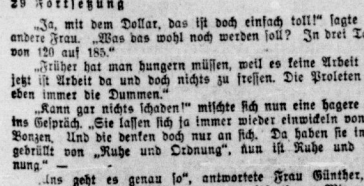
Santiago (Chile), 12. Januar. In Santiago de Chile begann am Montag ein 48stündiger Generalstreik. Die Streikenden fordern u. a. eine Amnestie und die unmittelbare Freilassung der wegen Meuterei bestraften Matrosen, Auflösung des Kongresses und Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung.

Die Regierung hält die Arbeitslosen in Konzentrationslagern unter Bewachung der Gendarmerie wie Kriegsgefangene. In einem solchen Lager in Santa Maria (Südchile) veranstalteten die Erwerbslosen eine Protestdemonstration gegen die schlechte Nahrung. Es kam zu einem Zusammenstoß mit den Gendarmen, wobei ein Erwerbsloser getötet und mehrere Gendarmen verwundet wurden.

Sieben Kommunisten erschossen

Bukarest, 12. Januar. Die rumänische Siguranza meldet triumphierend, daß 7 Kommunisten, darunter ein Mädchen, erschossen wurden, angeblich beim Versuch einer Ueberschreitung der rumänisch-sowjetrussischen Dnjestr-Grenze.

Auf den Mazedonierführer Popdodoroff wurde in Sofia ein Anschlag verübt. Er wurde aus einem Fenster mit zwei automatischen Gewehren beschossen, konnte jedoch unverletzt entkommen. Der Mazedonier Tozkoff wurde durch sieben Revolverschüsse getötet.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

29 Fortsetzung

„Ja, mit dem Dollar, das ist doch einfach toll!“ sagte eine andere Frau. „Was das wohl noch werden soll? In drei Tagen von 120 auf 185.“

„Früher hat man hungern müssen, weil es keine Arbeit gab, jetzt ist Arbeit da und doch nichts zu fressen. Die Proleten sind eben immer die Dummen.“

„Kann gar nichts schaden!“ mischte sich nun eine hagere Alte ins Gespräch. „Sie lassen sich ja immer wieder einwickeln von den Bonzen. Und die denken doch nur an sich. Da haben sie immer gebrüllt von „Ruhe und Ordnung“, nun ist Ruhe und Ordnung.“ —

„Uns geht es genau so“, antwortete Frau Günther, als wolle sie sich vor den empörten Frauen rechtfertigen. „Wir müssen im Einkauf mehr geben, als wir für die Ware bekommen. Wir arbeiten vollständig umsonst und müssen noch Miete und Licht zugeben. Wenn das so weitergeht, können wir den Laden zumachen und uns aufhängen.“

Margot war einige Stunden unterwegs, und hatte mit vieler Mühe etwas Leinöl, weißen Käse und einige Knochen bekommen. Fleisch- und Wurstwaren waren unerschwinglich teuer. Dann ging sie in ein Weißwarengeschäft, um sich Gardinen zeigen zu lassen.

Der Inhaber des Weißwarengeschäftes kam ihr lauend freundlich entgegen. „Womit kann ich dienen?“

„Ich möchte mir Gardinen ansehen.“

Herr Kahlbaum fratzte sich hinter den Ohren und rief nach einer Verkäuferin. „Die Dame möchte Gardinen sehen.“

„Bitte schön!“

Margot befühlte das primitive grobe Gewebe, besah das altmodische Muster, die minderwertige Qualität.

„Haben Sie nichts anderes?“

„Wenn sie nicht zu teuer sind?“ wandte die Verkäuferin ein und öffnete einen andern Karton.

Margot fragte nach dem Preis.

Die Verkäuferin nannte eine Summe, deren Höhe Margot gar nicht begriff. Sie fragte auch nicht mehr nach dem Preis der geringen Qualität. Sie wußte aber, daß Albert die ganze Woche nicht so viel verdiente.

★

„Hören Sie einmal, Buchner, wollen Sie nicht an der Turbinenbank ablösen. Ich kann da nicht den ersten besten hinstellen. Sie arbeiten mit ihrem Ablöser zwei Schichten zusammen, damit Sie die Maschine kennenlernen und mit der Arbeit Bescheid wissen. Sie bekommen natürlich Ihren Akkordsatz“, sagte Meister Stempel eines Tages zu Albert.

Die Dreher an den schweren Maschinen gehörten fast durchweg zum „alten Stamm“ der Firma. Sie verdienten Spitzenlöhne. Von der kleinen Turbinenbank bis zu einer ganz schweren Maschine, das ist dann ein gelegentlicher Sprung, dachte Albert, wenn einer arbeitsunfähig wird, oder stirbt.

Albert arbeitete zwei Tage mit seinem Ablöser zusammen. Am dritten Tage arbeitete er allein. Er spürte keinen Hunger, obgleich er den ganzen Tag tüchtig georbeitet hatte und die Brotration klein, der Belag recht mager war. Er wollte das Turbinenrad noch abspannen, das erste, das er fertiggedreht hatte. Alle Maße paßten, nur ob die Bohrung zylindrisch war, konnte er erst genau feststellen, wenn er von der anderen Seite messen konnte.

Sie war es. Albert rechnete in seinen Zetteln. Auch mit den Stunden war er gut hingekommen. Es war doch leichter als bei dem „Langholz“, oder den Revolverbänken. Jede Stunde, die fehlte, kostete einen harten Kampf. Die niedrigen Preise sollten auf keinen Fall durch hinzugeschriebene Lohnstunden belastet werden.

Hier war das anders. Die Preise waren so, daß der Stundenverdienst leichter erreicht wurde. Meister Stempel machte, wenn Maschinenreparatur oder Wartezeit anzurechnen war, keine Schwierigkeiten. Die Hauptsache war, daß keine Reklamationen von der Versuchsstation kamen, oder diese nicht auf sein Schuldkonto fielen. Es wurde immer von neuem experimentiert und Versuche mit mangelnder Präzision begründet, wenn diese nachzuweisen war.

Albert wusch sich und ging. Es kam sonst nie vor, daß er in ein Lokal ging. Heute tat er es. Er trank ein Glas Bier und kaufte sich eine Zigarre.

Irgendwann und wie müssen doch wieder solidere Verhältnisse eintreten. Albert rechnete aus, wieviel er Tags darauf ausbezahlt bekam. Es war mehr, bedeutend mehr, als die Wellendreher verdienten. Margot würde sich freuen über die Ueberraschung. Schließlich hatte sich doch alles zum Guten gewendet. Von der nächsten Löhnung wollte er Margot die Strickjacke kaufen. Er bestimmte dafür das Geld, das die zehn Ueberstunden brachten. Vielleicht auch noch ein Paar warme Schuhe. Sie hatte es verdient, reichlich verdient! Schuhe für Herbert würde Margot wohl noch von dem Lohn selbst erübrigen können. Vielleicht hatte sie dafür sogar noch Geld zurückgelegt. Er kannte ihre Pläne und wußte, daß sie oft scheinbar Unmögliches möglich machte. Die Hauptsache war doch vor allem, daß er wieder eine feste Position unter den Füßen hatte. Er rechnete auf lange Sicht, auf Jahre regelmäßiger Arbeit. Er war doch nicht der „erste beste“. Umsonst hatte Meister Stempel nicht gerade ihn genommen. Er wollte Ruhe nach all den wüsten Jahren. Er wollte keine Reichtümer erwerben, er wollte Arbeit, Anerkennung seiner Arbeit, einen Sonntag in der Woche und später — ein Fleckchen Laubenland. Sonst nichts!

Margot wartete mit dem Essen. Hilde kam noch vor Albert, trotzdem sie zwei Stunden später Feierabend hatte. Margot war in Angst. Die Stadtbahnzüge waren immer überfüllt. Zwischen den Puffern, in den Bremserhäuschen, auf den Trittbrettern klammerten sich die Arbeiter in Klumpen fest. Jeden Tag kam es zu Unglücksfällen. Auf der Strecke Gesundbrunnen—Prenzlauer Allee stand ein Arbeiter mit Holzlatten auf dem Trittbrett und kam mit diesen zwischen die Arbeiter auf den Trittbrettern des entgegenkommenden Zuges. Einige Dutzend Proleten wurden abgekämmt und lagen mit zerschmetterten Schädeln und zerbrochenen Knochen auf den Geleisen umher.

Margot atmete auf, als Albert kam. „Kommst ja so spät heute. Ich dachte schon, es sei was passiert“, sagte sie, als sie sich begrüßt hatten. „Nun sind die Kartoffeln wieder kalt geworden.“

„Mach' Bratkartoffeln“, sagte Albert, als wäre es ihm gleichgültig, was er aß. Margot fragte noch einmal, warum er so spät käme.

„Ueberstunden!“ sagte Albert leichthin.

„Ueberstunden? — Habt ihr denn soviel zu tun?“

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Uebermenschliche Anstrengungen der Beuthener Rettungsmannschaften

Leben die letzten Sieben noch?

Suche mit Abhörapparaten — Rettungsarbeit trotz Lebensgefahr

Beuthen, 12. Januar. Die unverhoffte Rettung der sieben verschütteten Kumpels der Karsten-Zentrums-Grube, hat die Hoffnung wieder belebt, daß es gelingen würde, auch die restlichen sieben Bergleute noch in allerletzter Minute dem Tode zu entreißen. Allerdings ist man sich vollkommen klar darüber, daß es in den nächsten Stunden zu geschehen habe, da sonst alles — verhungert sein wird.

Nach Meldungen, die kurz vor Redaktionsschluß eingingen, müßte es allen Berechnungen zufolge in kürzester Zeit gelingen, zu den sieben noch verschütteten Kumpels vorzudringen. Je näher die Rettungsmannschaften dem Ort kommen, an den man sie vermutet, desto vorsichtiger muß natürlich gearbeitet werden. Weder die Kameraden der Verunglückten noch die Bergbehörden wissen bisher Genaues über das Schicksal der noch Eingeschlossenen. Wenn all die glücklichen Umstände, die es den am Sonntag Geretteten ermöglichten, fast eine Woche lang ihr Leben im verschütteten Stollen zu fristen, auch für diese Gruppe der Bergleute zutreffen würden, so erscheint es doch allmählich sehr fraglich, ob alle Eingeschlossenen die lange Zeit ohne Nahrungszufuhr überstanden haben.

Die Rettungsmannschaften, deren Tätigkeit immer wieder höchstes Lob gezollt werden muß, sind sich des Ernstes der Lage voll bewußt und leisten fast Uebermenschliches. Leider ist die Anwendung der technischen Hilfsmittel, wie Rammen, Bohrmaschinen usw. beschränkt, da sie die Gefahr für Eingeschlossene und Retter nur erhöhen würde.

Störungen durch Gebirgsbewegungen sind in der letzten Zeit nicht mehr eingetreten. Trotzdem war ein schnelleres Vorwärtskommen nicht möglich, da zuviel Gestein durch die Gebirgseinschläge der vergangenen Woche zu Bruch gegangen ist. Selbst erfahrene Bergleute, die schon mancherlei Grubenunglücke miterlebt haben, können sich auf Streckeneinbrüche von solchem Ausmaß nicht entsinnen. Die Angehörigen der Bergunglücken werden über den Fortgang der Bergungsarbeiten ständig auf dem Laufenden gehalten.

Nach 144 Stunden geborgen

Die Geretteten der Karsten-Zentrumsgrube im Knappschaftslazarett Beuthen, wo sie nach ihrer Rettung Aufnahme fanden.

Wieder drei Kumpels verschüttet

Diesmal im Braunkohlenpütt „Roter Stollen"

Kassel, 12. Januar. Noch sind die restlichen sieben verschütteten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube nicht geborgen, kommt aus Kassel die Meldung, daß sich am Dienstagvormittag in dem Braunkohlenbergwerk „Roter Stollen" in Kassel-Wilhelmshöhe ein schwerer Streckenbruch ereignet hat, durch den drei Bergleute in etwa 120 Meter Tiefe eingeschlossen sind.

Sofort in Angriff genommene Bergungsarbeiten haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bergleute von den in die Gänge eindringenden Gesteinsmassen verschüttet wurden; sie schweben in höchster Lebensgefahr.

Und diesen, Tag für Tag ihr Leben aufs Spiel setzenden Bergproleten, wagt man noch, den jämmerlichen Hundelohn durch Notverordnung weiter zu kürzen. Da ist wirklich jeder Kommentar überflüssig!

Ein Sadist als Kurpfuscher

Mißhandlungen als „Heilmethode"

Patienten werden gegen 100 Mark Monatshonorar mißhandelt

Koburg, 12. Januar. Vor der Koburger Berufungskammer hatte sich jetzt ein Wunderdoktor zu verantworten, der an verbrecherischer Gewissenlosigkeit fast noch den Käsedoktor Weißenberg übertrumpft. Paul Grau heißt dieser Kurpfuscher, der zwar nicht mit Käse und Beschwörungen herumdokterte, dafür aber seine mehr als vertrauensseligen Patienten gegen ein Monatshonorar von 100 Mark regelrecht zu „Heilzwecken" mißhandelte.

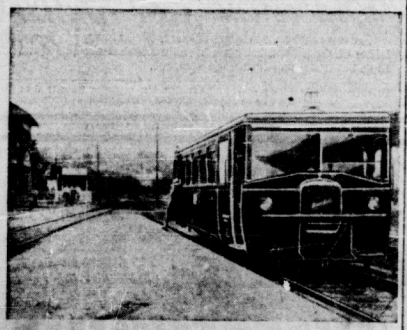
Wie man aus der stürmisch verlaufenen Gerichtsverhandlung erfuhr, hatte der Angeklagte zwei seiner Patienten versprochen, sie gegen ein Honorar von 100 Mark in fünf bis sechs Wochen gesund zu machen. Als Heilmittel hatte er Atemgymnastik, Packungen und Suggestion genannt.

In Praxis mißhandelte er jedoch die Patienten auf das brutalste. So „behandelte" er ein 13jähriges Mädchen, daß infolge eines Nervenschocks stumm geworden war, mit Faustschlägen auf den Mund und gab ihr kalte und heiße Duschen, die Brandwunden verursachten. Ferner hatte er das Mädchen, ebenso wie auch die zweite Patientin, eine gelähmte Frau, an die Zimmerwände und an den Ofen geworfen, wovon die Wunden der beiden zeugten. Außerdem war die Gelähmte von dem Wunderdoktor noch auf dem splittrigen Holzfußboden herumgeschleift worden!

Wollten während dieser „Behandlungszeit" Angehörige die Mißhandelten besuchen, wurden sie mit dem Bescheid abgewiesen, daß „sich die Patienten auf dem Wege der Besserung befänden".

Vor Gericht erdreistete sich dieser Kurpfuscher noch zu der Behauptung, daß „die Kur nur deshalb fehlgeschlagen sei, weil die Patienten kein Vertrauen zu ihm gehabt hätten".

Mit sechs Monate Gefängnis glaubt das Gericht des Angeklagten Eisenbartkuren sühnen zu müssen. Hat er die dann abgebrummt, so wird er sich vielleicht nach der Methode Weißenberg versuchen: ein bißchen Käse, viel Geisterhokuspokus und das ganze auf Schwarz-weiß-rot aufgezogen. Geht's dann wieder schief, kommt er bestimmt schlimmsten Falles mit einer Geldstrafe davon. Im Uebrigen aber: Es wird weiter gekurpfuscht ...



Der Schienenomnibus

Auf der Suche nach einem Verkehrsmittel, das im Kurzstreckenverkehr schnell, billig und bequem ist, hat die Reichsbahn nun den Schienenomnibus eingesetzt. Der erste fährt auf der Strecke Grifte—Gudensberg in Hessen-Nassau

Ein 20facher Brandstifter

Er war stets der eifrigste beim Löschen

Kottbus, 12. Januar. Der 19jährige Landwirtssohn Friedrich Neumann aus Werben, Kreis Kottbus, ist jetzt in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert, weil er gestanden hat, im Laufe der letzten Jahre nicht weniger als 20 Brandstiftungen in den Dörfern Werben, Ruben, Guhrow und Müschen verübt zu haben.

Seine Entlarvung geschah bei einem riesigen Scheunenbrand in der Nacht zum Dienstag, der ebenfalls von ihm angestiftet war. Wie bei allen Bränden befand sich Neumann auch diesmal wieder unter den eifrigsten, die das Feuer bekämpften. Mit 15 Jahren, gestand er später, hat er den ersten Brand angelegt. Die Motive sind vollkommen unklar. Nur mit Mühe gelang es zu verhindern, daß der jugendliche Brandstifter von der erregten Landbevölkerung gelyncht wurde.

Fünf Personen ertrunken

Erst zwei Leichen bisher geborgen

Tromsö, 12. Januar. Wie jetzt erst bekannt wird, kenterte am Sonntag vor Tromsö ein Boot mit fünf Insassen. Alle fünf Personen, ein 40jähriger Mann, zwei junge Männer und zwei junge Mädchen, ertranken. Zwei Leichen sind bisher angetrieben.

Kein Brot für die Arbeitslosen in Neuyork

Jimmy Walker auf Bettelfahrt

Neuyork, 12. Januar. Die Stadtverwaltung von Neuyork ist vollkommen pleite. Bürgermeister Walker hat sich an die Banken um einen Kredit gewendet. Diese verlangen aber einschneidende Sparmaßnahmen, so vor allem Einschränkung des städtischen Bauprogramms und Erhöhung der Fahrpreise der Untergrundbahn. Als erste Sparmaßnahme hat Bürgermeister Walker die Streichung der Brotunterstützung an die Arbeitslosen in Höhe von 20 Millionen Dollar verfügt. Die Lage der Erwerbslosen ist dadurch eine furchtbare.

Reichswehrsoldat und Pferd

springen aus brennenden Eisenbahnwagen

Berlin, 12. Januar. Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich Dienstag früh gegen 5 Uhr auf der Eisenbahnstrecke zwischen den Bahnhöfen Beusselstraße und Jungfernheide in Berlin-Moabit.

In dem letzten Wagen eines Güterzuges, in dem zwei Pferde des Artillerieregimentes 6 befördert wurden, fiel eine Petroleumlampe um. Es entstand sofort ein Brand. Der begleitende Reichswehrsoldat versuchte, das Feuer zu ersticken, was jedoch mißlang, da der Brand an dem im Wagen befindlichen Stroh reiche Nahrung fand.

Der Soldat öffnete schließlich die Wagentür und sprang aus dem fahrenden Zug. Eines der Pferde folgte ihm, während das andere im Wagen verbrannte. Der Soldat, der eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen hat, hielt einen Stadtbahnzug an und fuhr zum nächsten Bahnhof zurück, wo er die Feuerwehr alarmierte. Beim Eintreffen der Wehr war der Güterwagen jedoch schon völlig ausgebrannt. Das aus dem Zug gesprungene Pferd hat nur eine leichte Halsverletzung davongetragen.

„Schwarzer Gesandter des Kaisers" verhaftet

In Antwerpen wurde ein Neger aus Sierra Leone verhaftet, der sich als „Abgesandter des Kaisers von Abessinien" ausgab und bereits eine große Menge von Bestellungen gemacht hatte. Er war im Besitz von mehreren Millionen falscher Reiseschecks und hat bereits seine Betrügereien eingestanden.

Fischdampfer mit drei Mann gesunken

In der Nähe von Cherbourg ist ein Fischdampfer mit drei Mann Besatzung im Sturm gesunken. Hilfsschiffe fanden nur Wrackteile des Dampfers.

Zwei Brüder tödlich verunglückt

In Gladbeck wurden die 10 und 12 Jahre alten Brüder Helmut und Herbert Reich von einem Lastzug überfahren, als sie von einem Fahrzeug abstürzten, an das sie sich angehängen hatten. Beide waren sofort tot.

— Und wer sie nicht liest, ist ein Soldat, der seine Patronen verschießt, ohne zu zielen!

Sofort kaufen, ehe vergriffen. Jetzt nur noch 20 Pf. das Heft.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Unternehmer weichen zurück

Fabrik und Schmelerei Köbsen macht sich streikfertig

Am Donnerstag nach Schichtschluß nahm die Belegschaft der Fabrik und Schmelerei Köbsen Stellung zum 15prozentigen Lohnabbau. Einmütig stand die Belegschaft auf dem Standpunkt, daß nur durch Kampf der Lohnabbau abgewehrt werden kann und daß Ebenso sprachen sich die Kollegen mit aller Schärfe gegen die Einführung des Krümpersystems aus. Zur Vorbereitung des Kampfes wählte sich die Belegschaft eine aus sechs Mann bestehende Fabrikkommission.

Einstimmig, mit den Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter und denen der Werksgemeinschaftler, wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Belegschaftsversammlung der Fabrik und Schmelerei Köbsen nimmt Stellung zum Lohnabbau. Die Belegschaft ist nicht gewillt, den Lohnabbau kampflos hinzunehmen. Ebenso lehnt die Belegschaft die Einführung des Krümpersystems im Betrieb Köbsen ab. Gewählt wurde eine aus sechs Mann bestehende Lohnkommission, die als Kampfausschuß ausgebaut wird, da der einzige Weg zur Verhinderung des Lohnabbaus der Streik ist. Da die Gewerkschaften keine Kämpfe führen können und dürfen, sie vielmehr Streikbruch-Organisatoren sind, nimmt die Belegschaft die Organisierung des Kampfes in eigene Hände. Die Belegschaft ist davon überzeugt, daß sie unter Herstellung der roten Einheitsfront den Lohnabbau abwehren kann.

Die Antwort der Unternehmer war: **Bis 1. Februar wird kein Lohnabbau durchgeführt! Die Streikmobilisierung hat diesen ersten Erfolg erzielt!**

Naether-Betriebsräte tolerieren Brüning

Die Belegschaft denkt anders und will sich gegen Lohnabbau wehren

A.-K. Eine Betriebsratssitzung der Firma Naether (Zeitz) nahm Stellung zu dem geplanten Lohnabbau von 10 Prozent. Alle reformistischen Betriebsräte lehnten es ausdrücklich als Sozialdemokraten ab, Maßnahmen gegen den diktierten Lohnabbau zu unternehmen. Die Haltung dieser Betriebsräte wird von den Betriebsarbeitern außerordentlich stark kritisiert und verurteilt. „Die Polizeiren ja Brüning, sogar als Betriebsräte", sagen die Kollegen. Die ganze Gewerkschaftspolitik wird mitunter in den Gesprächen aufgerollt. Und nicht zuletzt sind es reformistische Kollegen, die erklären, daß sie einsehen, daß man nicht mehr alles schluken kann, was von der Bürokratie kommt. Ein Gewerkschaftskollege meinte:

Man kann den Lohnabbau nicht mehr hinnehmen und sich „positiv" zu der heutigen Gesellschaftsordnung einstellen.

Kollegen der Firma Naether, aus den Diskussionen muß mehr werden. Ihr müßt zu Handlungen kommen. Stellt eure Forderungen, wählt Kampfausschüsse, rechnet in den Gewerkschaftsversammlungen mit der Bürokratie ab. Die Lohntüte spricht eine deutlichere Sprache als die „Theorien" der Gewerkschaftsbürokraten.

Gröditzer Metallproleten, nur Kampf kann helfen!

A.-K. Die Mitteldeutschen Stahlwerke in Gröditz haben bisher größtenteils nur von Aufträgen der Sowjetunion gelebt. Die Metallindustriellen machten mit Hilfe ihrer rücksichtslosen Betriebsführer dabei einen Extraprofit, indem sie Akkorde abbauten und den Lohn senkten mit der Begründung: **Die Russen drücken uns die Preise. Die reformistischen Betriebsräte machten ebenfalls fleißig in Rußlandhetze, empfahlen aber, ja den Lohnabbau hinzunehmen und sich den Maßnahmen anzupassen!**

Die Kollegen haben den Schwindel durchschaut. Sie wissen, daß die russische Handelsvertretung ihre Aufträge erteilt nach den Angeboten, die von den Unternehmern gemacht werden. Wenn die Metallindustriellen Extraprofite machen wollen durch Lohnabbau, dann ist eben der schärfste Kampf dagegen zu führen. Die Leute, die da sagen: „Rußland ist schuld, daß wir so billig arbeiten", **sind ganz niederträchtige Demagogen. Das muß klar ausgesprochen werden.**

Jetzt wird kurz gearbeitet. Zwei und drei Tage pro Woche. Einen Teil der Belegschaft hat man schon entlassen. Die im Betriebe Verbliebenen sollen aber am liebsten Ueberstunden schieben. Die Werksleitung will weiter nichts, als die Löhne gewaltig senken. Man hat einigen entlassenen Arbeitern schon mitgeteilt, daß sie bald wieder eingestellt werden könnten. Daran kann man ersehen, auf was es den Metallindustriellen ankommt. **Sie wollen Hundelöhne zahlen zur Sicherung ihrer Profite. Hier ist der Streik die beste Antwort. Trotz drei Tage Arbeit in der Woche und eben wegen der drei Tage Arbeit muß gestreikt werden. Die Werksleitung hat ihre vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung ihrer Produkte. Es ist falsch, wenn die Reformisten erklären, sie warten nur darauf, daß ihr streikt, dann wird zugemacht. Wenn die Kollegen ernst machen mit dem Streik, dann schreit die Werksleitung Feier und Mordio. Dann ruft sie die Polizei zum Schutze der Streikbrecher, wenn sich überhaupt welche finden sollten. Deshalb Schluß gemacht mit solchen Zuständen, Kollegen. Rüstet zum Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter.**

Unterstützungskassenbetrug auf Grube „Alwine"

A.-K. Die sogenannten Unterstützungskassen der Unternehmer sind Ausbeutungsinstitute im wahrsten Sinne des Wortes. Derjenige Arbeiter, der von einer solchen Unterstützungskasse in „Notlagefällen" (wenn sie der Unternehmer als solche ansieht. Nach unserer Meinung ist die ganze Belegschaft in besonderer Notlage. Die Schriftlg.) unterstützt wird, bekommt die Unterstützung von dem Geld, das man ihm und seinen Kollegen im Betriebe abgezogen hat. Die Unterstützungskasse auf Grube „Alwine" hat aus Strafgeldern der Kumpels 1930 700 M. eingenommen, 1931 aber **über 2000 Mark (!). Das ist ein ungeheurer Lohnabbau und Betrug an den Kumpels!**

Willkürlich werden die Strafen verhängt. So wurden am Silvester drei Mann mit je 3 Mark bestraft, weil sie in die Kantine gegangen sind. Das sei eine Gefährdung des Betriebes! Dabei handelt es sich um eine Reparaturkolonne, die gar nicht auf einem bestimmten Arbeitsplatz steht. Gefährdung des Betriebes liegt aber nicht vor, wenn auf Anordnung des Betriebsführers eine Gasleitung mit offener Flamme aufgetaut wurde. (!)

In den Kampf gegen den Lohnabbau muß der Kampf gegen das Strafsystem mit einbezogen werden. Macht Front gegen die profitgierigen Unternehmer, mobilisiert den ganzen Betrieb!

Das ist die Krankenkasse der Gesunden

Einiges von der Betriebskrankenkasse der Mitteldeutschen Stahlwerke

A.-K. Ausschuß und Vorstand der Betriebskrankenkasse der Mitteldeutschen Stahlwerke (Lauchhammerwerk) hatte in seiner letzten Sitzung Satzungsänderungen zu beschließen. An Stelle des Herrn Faust, der sich vor etlichen Wochen erschoß, weil seine Einnahmen die Ausgaben überstiegen, eröffnete Richelmann die Sitzung. Schon der erste Punkt der Tagesordnung: „Verlegung des Kassensitzes von Lauchhammer nach Riesa", ließ erkennen, daß die Generaldirektion gewichtige Gründe hat, die Kassenleitung besser unter Kontrolle zu haben. Es hieß: Der Direktion liege das Wohl und Wehe aller Arbeiter am Herzen. Das bewiesen die Mehrleistungen der Kasse. Und nur im Interesse der Arbeiter, der Kassenmitglieder erfolge die Verlegung!

Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder bekundeten zu den Ausführungen des Richelmann ihre volle Zustimmung. Nur die roten Vertreter waren anderer Meinung. Genosse Thießler sprach darüber, daß die vierte Notverordnung Brünings das Selbstbestimmungsrecht der Ausschüsse und Vorstände der Kassen noch mehr einenge. Nur die Industrie sei Nutznießer der vierten Notverordnung. Er wies darauf hin, wie sich auch bei der Betriebskrankenkasse der Mitteldeutschen Stahlwerke die Verhältnisse verschlechterten durch Kindergeldkürzung, Einschränkung der Familienhilfe, fast völlige Aufhebung der Kuren usw. **Die Satzungsänderungen wurden gegen die Stimmen der zwei roten Vertreter beschlossen!**

Während der Beratung des Voranschlages der Kasse und des Krankenhauses für 1932 sang ein SPD-Mann ein Loblied auf den derzeitigen Chefarzt des Krankenhauses, der zugegen war. Das war sogar den sozialdemokratischen Kollegen zuviel und sie schlugen verlegen die Augen nieder.

Dann kam es heraus, daß die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder auch für eine Verschiebung der im Herbst fälligen Wahlen in den Krankenkassen sind!

So sorgen sich die Sozialdemokraten um die Zukunft. Sie zittern sogar vor den Krankenkassenwahlen! Die Krankenkassenmitglieder sollen in ihren Rechten vollkommen beschnitten werden.

Der Verlauf der ganzen Sitzung hat den faschistischen Kurs auch im Krankenkassenwesen aufgezeigt. Breiten Teilen der Belegschaft müßte es möglich sein, solchen Sitzungen beizuwohnen, sie würden sehr bald den Charakter der ganzen Chose erkennen. Die Betriebskrankenkassen werden die „Krankenkassen der Gesunden". Der Druck im Betriebe ist derart, daß sich fast niemand krank zu melden wagt. Die Statistik über die Krankenbewegung der Betriebskrankenkasse besagt ja genug. Die Krankenziffern sind gewaltig gesunken im Jahre 1931 gegen das Jahr 1930.

Stahlwerksproleten, kämpft mit der RGO auch gegen alle sozialen Verschlechterungen, vorwiegend im Krankenkassenwesen!

Telegramm an die Betriebe!

Achtung! Einheitskonferenz der Betriebsräte am Sonntag, dem 17. Januar, 9.30 Uhr, in Halle im „Friedrichsgarten", Friedrichstraße 25. Einladung gilt als Ausweis! Pünktlich erscheinen.

Der Bezirksbetriebsräteausschuß.

Glaskönig Bulle zittert vor dem Streik

Ständig Polizeiaufgebote in Großkayna — Erwerbslose täglich vor den Betrieben — Es geht um weitere Kampferfolge

A.-K. Der Betrieb des Glaskönigs Bulle in Großkayna ist mit Polizei besetzt. Vor den Werkseingängen und in den Hauptstraßen des Ortes patrouillieren fortwährend Landgendarme und Schupos. Die Erwerbslosen, die kürzlich im Betriebe waren, stehen vor Schichtanfang und Schichtende ständig vor den Betrieben. Der Glaskönig merkt, daß bei seiner Belegschaft der Streikwille wächst. Alle rückständigen Löhne muß er auszahlen. Bis Sonnabend soll das der Fall sein. Das heißt, so lautet die Bekanntmachung, die als erster Erfolg der Kampfmobilisierung der Proleten zu buchen war.

Bulle glaubt aber nun, sich wegen der Nachzahlerei der rückständigen Löhne und der einbehaltenen zwei Tage sich schadlos halten zu können durch einen generellen 10prozentigen Lohnabzug.

Darum geht jetzt der Kampf. Deshalb der Belagerungszustand in Großkayna!

Die Kräfte des bürgerlichen Staatsapparates werden nichts ausrichten, wenn die Proleten wirklich ihre Forderungen **auf außertarifliche Werkszulage durch Streik durchsetzen. Streik ist die Waffe, die allein erfolgreich gegen den Glaskönig Bulle angewandt werden kann. Betriebsarbeiter, Erwerbslosi, steht weiter zusammen! Vorwärts zum Kampf!**

Hallische Betriebsrätekonferenz für beschleunigte Kampfmobilisierung

Eine Betriebsrätekonferenz fand am Sonntag in Halle statt. Unter den erschienenen Betriebsräten waren parteilose Betriebsräte und auch Angestelltenräte vertreten. Die Diskussion der Konferenz war sehr ausgiebig und vollkommen eingestellt auf die Schaffung der roten Einheitsfront in den Betrieben. Eine Kampfentschließung fand einstimmige Annahme. In der Entschließung, die sich mit der ungeheuren Lohnabbauoffensive der Unternehmer beschäftigt, heißt es u. a.:

Die Betriebsräte verpflichten sich, für die Wahl von Kampfausschüssen, bestehend aus Arbeitern und Angestellten aller Kategorien, ganz gleich, ob und wo sie organisiert sind, Sorge zu tragen.

Die Kampfausschüsse sind die mobilisierenden Faktoren bei der Vorbereitung der Streiks.

Der Kampf wird organisiert um folgende Forderungen:

1. **Gegen jeden Lohnabbau;**
2. **für 40-Stunden-Woche und 7-Stunden-Tag mit vollem Lohnausgleich;**
3. **gleicher Lohn für gleiche Arbeit;**
4. **Einstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß;**
5. **für die Zahlung einer Ausgleichszulage in derselben Höhe wie der durch Notverordnung diktierte Lohnabbau;**
6. **für die Herabsetzung der Direktorengehälter und Tantiemen und Dividenden für die Aktionäre;**
7. **für die Abschaffung der Werkspolizei;**
8. **für das Streikrecht der Lehrlinge;**
9. **gegen den Abbau der Sozialversicherung.**

Die Betriebsräte verpflichten sich, diese Forderungen durch besondere betriebliche Forderungen zu ergänzen. Nur die Einheitsfront aller Arbeiter auf der Betriebsgrundlage sichert den Sieg.

Angestellten blüht das gleiche Los

Deshalb gehören sie mit den Arbeitern in eine Front

A.-K. Bei der Firma Weise Söhne, Halle erhielten jeden Angestellte, darunter ein Diplomingenieur, am 31. Dezember die Kündigung zum nächstgültigen Termin. Jetzt im Januar sollen weitere Kündigungen erfolgen. Als Grund wird die schlechte Lage der Firma angegeben. Wie es heißt, soll die Firma durch den englischen Pfundsturz 400 000 Mark, bei der Borsig-Pleite 60 000 Mark und beim Zusammenbruch einer Breslauer Firma rund 35 000 Mark eingebüßt haben. Die Millionen-Verluste sollen nun wettgemacht werden durch Entlassungen und Lohnabbau!

Ein Teil der Angestellten ist bereits gekündigt, der andere soll nach Ablauf der Kündigungsfrist zu den Bedingungen arbeiten, die der Unternehmer zu diktieren gedenkt. Unter den Angestellten herrscht große Erbitterung. Sie sehen, daß ihnen niemand hilft. Am allerwenigsten der Angestelltenrat, der Meister Ernst. Dieser hat es sogar fertig gebracht, als zwei Angestellte vom Mitteilung machten, daß sie keine Kündigung erhalten hätten, sofort zur Direktion zu laufen und den „Fehler" berichtigen zu lassen. Die beiden Kollegen erhielten ihre Kündigung nachträglich! Der geschäftstüchtige Prokurist rief den Kollegen B. zu sich und erklärte: **„Sie haben nur aus Versehen das Schreiben nicht erhalten; es geht Ihnen heute noch zu."**

Die Angestellten müssen wissen, daß sie sich nur selbst helfen können. Sie müssen mit der Arbeiterschaft zusammenstehen. Von den Angestellten-Gewerkschaften ist nichts zu erwarten als Verrat. Mit Hilfe der Bürokraten tritt ab Januar ein 12prozentiger Gehaltsabbau wiederum ein. Unter Führung der RGO allein können Entlassungen und Lohnabbau verhindert werden.

Bonzen in ihren „Hochburgen" nicht mehr sicher

(Zeitzer Revier)

A.-K. Auf der Grube „Neue Sorge" hat der sattsam bekannte Betriebsrat Zinke eine Belegschaftsversammlung einberufen müssen. Gewerkschaftskollegen waren an die RGO herangetreten und wünschten von ihr, daß sie einen Diskussionsredner stelle. Das geschah. Der Bonze Dreschmann (Zeitz) hielt ein seichtes Referat, dessen Schluß ausklang: Gegen den 15prozentigen Lohnabbau ist nichts zu machen. Dann wollte der RGO-Vertreter sprechen.

Zinke und Dreschmann wurden äußerst nervös. Die Belegschaft forderte Abstimmung. Zinke ließ nicht abstimmen, weil er wußte, daß er sich eine Niederlage holen würde. Es war eine große Erregung in der Versammlung. Die Bonzen drohten mit Auffliegenlassen der Versammlung.

Um die Versammlung nicht auffliegen zu lassen, verließ der RGO-Vertreter die Versammlung. Das war falsch. In jedem Falle muß man aufs Ganze gehen, zumal die Belegschaft einen RGO-Vertreter hören wollte. Aus diesem Fehler müssen wir lernen, denn der Verlauf der Versammlung hat zur Genüge bewiesen, daß die Bonzen in ihren eigenen Hochburgen nicht mehr sicher sind. **Sie zittern vor den Proleten. Sie wissen, die Proleten glauben ihnen nichts mehr. Unbedingt muß auf Grube „Neue Sorge" erst recht die breiteste Mobilisierungsarbeit zum Kampfe entfaltet werden.**

So hoch liegt der Dreck!

In Bautzen ist bei der Firma Karosseriewerk und chemi. Fabrik August Novack ein Werkmeister Fritz Scheithauer beschäftigt gewesen. Dieser Scheithauer ist jahrelanger Fahnenträger des Stahlhelms. Vor einigen Tagen wurde festgestellt, daß Scheithauer etwa 1000 Mark Lohngelder unterschlagen hat. Scheithauer verstand, die Löhne an die krankfeierenden Arbeiter und Arbeiterinnen weiterzahlen zu lassen und steckte diese einfach in die eigene Tasche.

Ein anderer Verfechter des „dritten Reiches", der Postschaffner Kurt Ebermann, ist ebenfalls seines Dienstes plötzlich enthoben worden, weil er mit einfisierten Zeitungsgeldern Operationen vornahm, mit denen die Postverwaltung keinesfalls einverstanden sein konnte. Auch Ebermann war Fahnenträger des Stahlhelm in der Ortsgruppe Bautzen.

Industriegebiet Wittenberg!

Sonntag, den 17. Januar, 9.30 Uhr, Chemiearbeiterkonferenz. Jede Abteilung sendet Delegierte. Schmiedet die rote Kampfeinheit! Jeder Betrieb, jede Abteilung muß vertreten sein!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0005

HALLE

Mittwoch, den 13. Januar 1932.

Bestellter Raubüberfall im Jugendamt

Die Hallische Justizpressestelle meldet:

„Die Ermittlungen in der Strafsache gegen den Stadtobersekretär Göhre haben insofern zu einem Ergebnis geführt, als die Vorgänge im Hausflur des Jugendamtes am Morgen des 9. Dezembers nach der glaubhaften Darstellung der Beteiligten wie folgt gestaltet sind:

Göhre hat schon am Vortage versucht, den ihm bekannten Unterstützungsempfänger Pfeiffer zu veranlassen, ihn zu erschießen. Pfeiffer hat das abgelehnt. Am Morgen des 9. Dezembers hat Pfeiffer jedoch seinen Schwager, den Erwerbslosen Karl Haller, mit zum Jugendamt genommen. Dieser hat dann auf ausdrückliches Verlangen des Göhre den Schuß auf diesen abgegeben. Gegen Haller und Pfeiffer ist Haftbefehl erlassen. Beide sind bereits in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Ueber das Motiv der Tat kann zur Zeit im Interesse der Untersuchung noch keine Mitteilung gemacht werden."

Das geheimnisvolle Dunkel in der Angelegenheit des Obersladtsekretärs Göhre scheint sich jetzt also aufzuhellen. Göhre hat seinen Plan, einen „Raubüberfall" auf ihn stattfinden zu lassen, mit äußerster Raffinesse vorbereitet und durchgeführt. Da Göhre den Plan vorher mit seinen Bekannten ausführlich besprochen hat, ist anzunehmen, daß diese auch von den Unterschlagungen Göhres gewußt haben. Den an diesem Raubüberfall Beteiligten soll Göhre einen Geldbetrag von 800 M. ausgehändigt haben. Außerdem ist festgestellt worden, daß Göhre sich mit 18 000 M. gegen Unfall versichert hatte. Somit wäre also der „saubere" Magistratssekretär Göhre auch noch als Versicherungsschwindler entlarvt.

Man denkt doch, daß man über diese Affäre von irgendeiner Seite noch genauere Mitteilungen erfahren wird. Es kann aber auch das Gegenteil eintreten, nämlich, daß man überhaupt nichts Genaues erfährt. Denn hier handelt es sich ja nicht um einen Arbeiter, sondern um einen „beinahe höheren" Beamten, der sich nicht zu den Proletariern rechnete. Dieser durch und durch korrumpierte Oberstadtsekretär konnte seine Betrügereien ziemlich lange Zeit unbemerkt durchführen. Das wirft ein besonderes Licht auf die Verhältnisse im Verwaltungsbereich des Herrn Rive. Bis jetzt soll angeblich noch nicht endgültig festgestellt worden sein, wie hoch die von Göhre unterschlagene Summe im Jugendamt ist. Wie eine bürgerliche Zeitung meldet, seien die Feststellungen deshalb so kompliziert, weil man ungefähr 64 000 Akten nachsehen müsse. Bis jetzt hat man aber schon herausbekommen, daß Göhre annähernd 900 Belege durch Einbruch gestohlen hat. Man wird also noch warten müssen, bis die 64 000 Akten durchgesehen sind. Die Untersuchung im Falle Göhre liegt in den Händen des Herrn Stadtrat Dr. Dynander. Bei der akrobatischen Beweglichkeit dieses magistratlichen Untersuchungsrichters kann man ja die Hoffnung hegen, daß er etwas Tempo in die Untersuchung bringt und die Oeffentlichkeit bald etwas Näheres über den Umfang der Unterschlagungen Göhres erfährt.

Achtung! Wichtig!

Die Betriebsberatung von 17 bis 20 Uhr findet am Donnerstag bestimmt statt.

Die „Tarifsenkung" bei der Wehag

Die Wehag macht folgende Mitteilung:

„Der Reichsminister der Finanzen hat laut Mitteilung vom 11. Januar die Beförderungssteuer für die Straßenbahn Halle erlassen. Somit treten am 15. Januar die vom Aufsichtsrat der Wehag beschlossenen ermäßigten Tarife für die Fahrscheinhefte, Monatskarten, Wochenkarten für Arbeiter, Berufstätige, Schüler usw. in Kraft.

Den Inhabern der **Januar-Monatskarten** wird der halbe Preisunterschied zwischen alten und neuen Tarifsätzen **zurückvergütet.** Die Rückvergütung geschieht ausschließlich in den Verkaufsstellen Freiimfelder Straße (Straßenbahnverwaltung) und Rathausstraße (Werkskasse).

Für die übrigen Werke sind die vom Reichskommissar für Preisüberwachung verlangten Unterlagen fristgemäß bis zum 10. Januar von der Direktion der Wehag eingereicht. Bei Gas und Elektrizität ist für die Tarifsenkung Voraussetzung, daß die Einsparung an Gehältern und Löhnen den Gas- und Elektrizitätswerken verbleibt. Diese Entscheidung ist noch nicht erfolgt. Um aber die neuen Tarife für den Januarverbrauch in Kraft zu setzen, genügt es, wenn diese Frage in bejahendem Sinne vor dem 1. Februar 1932 entschieden wird."

Nun sage noch einer, daß es mit dem Preisabbau nicht vorwärts geht. Jetzt kann man also schon ein Fahrscheinheft (10 Fahrscheine à 15 Pf.) für 1,20 Mark erhalten. Hast du also 1,20 Mark in der Tasche, dann kannst du von der „Preisermäßigungsaktion" bei der Straßenbahn Gebrauch machen. Hast du also 1,20 Mark nicht, dann gibt es für dich eben keinen Preisabbau. Der Preisabbau bei der Wehag zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Preissenkung nicht im entferntesten mit dem Abbau der Löhne und Gehälter Schritt hält. Die werktätigen Massen sind es, die hier wieder den Kürzeren ziehen.

Jungarbeiter! Jungarbeiterin!

Die Jungkommunisten von Halle-Ost rufen euch zur LLL-Kundgebung heute Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr, im Lokal Aktienbrauerei, Dessauer Straße. Referent: W. Cario, Merseburg Eintritt 10 Pfennig. KJVD Halle-Ost.

Achtung, Eisenbahner!

Der Einheitsverband hat seine Mitglieder aufgefordert, zu einer öffentlichen Kundgebung zu erscheinen, in der **unorganisierte** und **andere organisierte** Eisenbahner als Gäste eingeladen werden können. Es ist Pflicht aller Eisenbahnerkollegen, zu dieser Versammlung, die am Freitag, dem 15. Januar, 20 Uhr, im „Volkspark" stattfindet restlos zu erscheinen und dort ihre Meinung über den unerhörten Lohnabbau, der auf Grund der vierten Notverordnung durchgeführt wurde, zu sagen! Reißt den Gewerkschaftsbürokraten, die auch dieser Notverordnung zugestimmt haben, die Maske vom Gesicht!

Mitgliederversammlung des DMV

Am Freitag dem 15. Januar, 19,30 Uhr, findet im „Volkspark", Restaurationssaal, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Thema: Die Stellung der Gewerkschaften zur vierten Notverordnung, Lohn- und Preissenkung! — Kollegen, erscheint restlos und durchkreuzt die Demagogie der Bürokraten!

Geschlossene Front der Neubaumieter

Der gewählte Mieterausschuß für die Kleinwohnungsbau-AG hatte am Montag zu einer weiteren Mieterversammlung nach dem Lokal Kurzhals eingeladen. Die Versammlung war wieder überfüllt. 500 Personen, ausschließlich Mieter der Kleinwohnungsbau-AG, zum Teil mit ihren Angehörigen, saßen dicht gedrängt im Versammlungsraum, um den Bericht des Mieterausschusses über die bisher geleistete Arbeit entgegenzunehmen. Infolge der Ueberfüllung mußten abermals zahlreiche Mieter wieder umkehren. Ein Mitglied des Mieterausschusses berichtete, daß der Vertreter des Mieterausschusses, der zur Ueberreichung der Forderungen der Mieterschaft bei der Verwaltung der Kleinwohnungsbau-AG erschien, nicht vorgelassen wurde. Man hat ihn auf dem Korridor abgefertigt. (Entrüstung und Pfuirufe.) Daraus geht klar und eindeutig hervor, daß die AG auf den Willen der Mieterschaft pfeift und jegliche Fühlungnahme mit den Mietern selbst brüsk ablehnt.

Ein Vertreter vom Reichsbund deutscher Mieter, Ortsgruppe Halle, machte dann einige Ausführungen über die gesetzlichen Grundlagen der Mietsenkung. Nicht nur die Mieterschaft, sondern sogar die Mieterorganisationen sind über zahlreiche Fragen noch im Unklaren. Die Mieter haben keinerlei Kontrolle über die Machenschaften der AG. Hier bestimmen lediglich der Vorstand und der Aufsichtsrat, die Mieter selbst aber haben nichts zu sagen. Wenn die AG sich darauf beruft, daß ihre Maßnahmen von einem vereidigten Sachverständigen geprüft und für richtig befunden worden seien, so vermag auch hier niemand zu sagen, ob dies stimmt. Die Mieterschaft muß infolge dieser Umstände eine geschlossene Kraft darstellen, und durch einheitliches Vorgehen ihre Wünsche und Forderungen durchdrücken.

Ein weiterer Redner nahm dann ausführlich zu der in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Erklärung der Kleinwohnungsbau-AG Stellung. Inhalt dieser Erklärung ist folgender: Die Senkung der Mieten ist gemäß den Bestimmungen der Notverordnung erfolgt; die Kleinwohnungsbau-AG ist mit der Mietsenkung sogar noch über den Betrag hinausgegangen, der nach der Notverordnung für die Mietsenkung zu verwenden war. Das soll also bedeuten, daß die Mieter ja gar keinen Grund hätten, sich aufzuregen, die AG hat ihnen ja sogar noch etwas geschenkt (Gelächter). Die Mietsenkung ist eine Illusion. Es ist erwiesen, daß nach dem erfolgten Lohn- und Gehaltsabbau durch die Notverordnung bei der großen Mehrheit der Mieter der prozentuale Anteil der Mieten am Einkommen gestiegen ist.

Unter den Neubaumietern herrscht außerdem eine große Beunruhigung wegen der Baukostendarlehen.

Der Referent stellte die Frage: Wo gibt es heute im Kapitalismus noch irgendwelche Sicherheit? Ein hochgeachtetes Sprichwort im Kaufmannsleben lautete früher: „Es ist so sicher wie die Bank von England". Nach dem Zusammenbruch der Bank von England ist dieses Wort von der „Sicherheit" zur hohlen Phrase geworden. Wer wollte deshalb den Mut aufbringen und den Neubaumietern zurufen: „Nichts ist so sicher als die Baukostendarlehen bei der Kleinwohnungsbau-AG" (Gelächter, Zustimmung). Die Mieter müssen deshalb mit allem Nachdruck auf die Zurückzahlung ihrer Darlehen drängen.

In seinen weiteren Ausführungen verwies der Referent auf den Widerhall, den die erste Mieterversammlung bei Weinrich in der Hallischen Presse gefunden hat. Der „Generalanzeiger", die „Saale-Zeitung" und das „Volksblatt" veröffentlichten ohne jeglichen Kommentar die Erklärung der Kleinwohnungsbau-AG. Damit stellen sich diese Zeitungen einmütig auf den Standpunkt der AG und dokumentieren somit ihre mieterfeindliche Haltung. Die „Saale-Zeitung" hat es sich nicht verkneifen, durch unwahre Behauptungen die geschlossenen Front der Mieter in den Rücken zu fallen. Der Versuch unternahm das sozialdemokratische „Volksblatt", es nicht einmal für notwendig hielt, die Entschließung der Mieterversammlung abzudrucken. Die unwahren und verleumderischen Behauptungen der „Saale-Zeitung" und des „Volksblatt" wurden vom Referenten festgestellt und angeprangert. Gelächter und Entrüstung unter den Versammelten erhob sich, als der Artikel des nationalsozialistischen „Kampf" über die Mieterversammlung verlesen wurde. Das Organ der Nazis hat mit anerkennenswerter Offenheit auf die Seite der Kleinwohnungsbau-AG gestellt und durch seine dummen und frechen Bilder selbst als mieterfeindliches Organ entlarvt. Der Redner konnte unter Zustimmung der Versammelten mitteilen, daß die Partei Adolf Hitlers im Reichstag oder im Landtag jetzt noch nicht einen einzigen Antrag für die Belange der werktätigen Mieter eingereicht hat. Aus der mieterfeindlichen Haltung der bürgerlichen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Presse müssen alle Mieter die Konsequenzen ziehen.

In der Diskussion wurde dem gewählten Mieterausschuß von allen Rednern vollstes Vertrauen entgegengebracht. Der Diskussionsredner erklärte:

„Wir haben oft nichts zu essen gehabt, nur um die Miete bezahlen zu können. So geht es nicht mehr weiter, wir müssen unter allen Umständen eine fühlbare Mietsenkung erreichen."

Ein weiterer Redner enthüllte an Hand des Mietvertrages Machenschaften der Kleinwohnungsbau-AG, die alle darauf zielen, die Mieter übers Ohr zu hauen. So heißt es im Mietvertrag, daß die Miete stets in Goldmark zu bezahlen sei. Die Baukostendarlehen hingegen sind nur in „Deutscher Reichsmark" angelegt. Diese Mitteilung löste bei allen Anwesenden große Entrüstung aus.

Die Frau eines parteilosen Mieters teilte unter spannender Aufmerksamkeit mit, daß ihr von der Direktion erklärt worden sei, von einer Auszahlung der Baukostendarlehen könne jetzt überhaupt keine Rede sein. Die Direktion hat erklärt, wer 3 Monate mit seiner Miete im Rückstande ist, wird verklagt und rücksichtslos exmittiert. Ein Angestellter aus der Bentenfelsstraße führte aus: **Vor dem Gehaltsabbau mußte ich 38 Prozent meines Einkommens für die Miete hergeben. Nach dem Gehaltsabbau und nach der „Mietsenkung" muß ich 42 Prozent meines Einkommens für die Miete aufwenden.** Ein anderer Angestellter machte die Mitteilung, daß infolge der ungenügenden Senkung seines enormen Gehaltsabbaues zahlreiche Mieter die Mietsenkungen gekündigt haben. Alle Mieter bekundeten übereinstimmend, daß sie sich durch keinerlei Verwirrungsmanöver und Abschreckungsversuche von ihrem Wege abbringen lassen werden.

Einstimmig wurde beschlossen, in allen Häusern der Kleinwohnungsbau-AG eine Unterschriftensammlung durchzuführen zwecks Forderung von 25 Prozent Mietsenkung, womit bereits in diesen Tagen begonnen wird. Der bereits bestehende Mieterausschuß wurde um 11 Mieter erweitert. Außerdem wurde einstimmig ein Antrag angenommen, zur nächsten Mieterversammlung alle Hallischen Zeitungen sowie Vertreter der einzelnen Stadtverordnetenfraktionen einzuladen. Die Mieterversammlung war ein voller Erfolg der in einheitlicher Front kämpfenden Mieterschaft.

Am Schluß der Versammlung fand eine Sammlung statt, die den Betrag von 17 Mark ergab.

Betriebsarbeiter, Frauen, Jungarbeiter, heraus zu den großen

LLL-Kundgebungen am Freitag

im „Gesellschaftshaus" und im „Zoo" — Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 Uhr

Referenten: W. Koenen, M. d. R.; P. Suhr, Hamburg

Es wirken mit: „Agitatoren", „Alarm", Musikkapelle, Arbeiter-Sängerchor und Volkschor

Eintritt 40 und 20 Pfennig — Vorverkauf bei allen Funktionären — KPD Halle, KJVD Halle

Auch die Mieter des Wohnungsvereins Halle-Süd

Gestern abend fand eine Versammlung der Mieter des Wohnungsvereins Halle-Süd statt, die von etwa 150 Personen besucht war. Die Mieten in den in Frage kommenden Häusern wurden im Januar nur um 5 Prozent gesenkt, obendrein noch mit Vorbehalt. Ueber diese völlig unzureichende Mietsenkung herrscht eine allgemeine Empörung. Einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß die Mietsenkung mindestens 25 Prozent betragen muß. Für die Erwerbslosen wurde eine Senkung von 35 Prozent gefordert.

Im Verlauf der Aussprache kamen die anwesenden Mieter zu der einmütigen Auffassung, daß es notwendig ist, geeignete Schritte zur Durchsetzung der erforderlichen Mietsenkung einzuleiten. Es wurde ein Mieterausschuß gewählt und durch eine sofort durchgeführte Unterschriftensammlung an den Vorstand des Wohnungsvereins der Antrag auf die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung gestellt. Laut Satzung ist der Vorstand verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten, wenn der diesbezüglich begründete Antrag von mindestens 10 Prozent der Mitglieder unterschrieben ist. Da der Wohnungsverein 520 Mitglieder zählt, ist die erforderliche Anzahl von Unterschriften bereits fast um 100 Prozent überschritten. Eine Aussprache darüber, ob man die konkreten Forderungen der Mieter sofort oder erst in der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Wohnungsvereins formulieren solle, ergab eine schwache Mehrheit für die zweite Ansicht. Der gewählte Ausschuß hielt anschließend an die Versammlung eine kurze Sitzung ab, in der die zuerst zu ergreifenden Schritte festgelegt wurden.

„Parteiamtliches" aus der NSDAP

Auf unseren Bericht über den Betrugsprozeß gegen den Nazimann Georg Hinkler, der Bruder und Parteigenosse des ehemaligen Naziguleiters Paul Hinkler, teilt der „Kampf" parteiamtlich mit, daß Georg Hinkler weder mit Paul Hinkler identisch, noch Mitglied der NSDAP ist. Daß diese „parteiamtliche" Erklärung kommen würde, haben wir gewußt. Auf unsere Enthüllungen über den Nazi-Jungsturmführer Heßberger schrieb sich der „Kampf" aus. Nur in der „Saale-Zeitung" erschien eine kleine Notiz, wonach die Kreisleitung der NSDAP mitteilte, daß Heßberger nicht Mitglied der NSDAP sei. Außerdem erreicht uns ein freundliches Schreiben der Kreisleitung, in dem dasselbe behauptet wird und wir davon in Kenntnis gesetzt werden, daß die fälschlichliche Eintagsfliege, genannt „Deutsches erwache" wegen der in ihr enthaltenen Angriffe auf die Gauleitung der NSDAP durch einstweilige Verfügung verboten worden sei.

Das ist ja alles sehr heiter. Heßberger ist nicht (mehr) Mitglied der NSDAP. Schön, wir haben nichts dagegen. Aber er war wohl Mitglied der NSDAP, wenn er Leiter des Nazi-Sturmlokals war. Will uns die Gauleitung der NSDAP nun etwa verbieten lassen? Ihre Ohnmacht angesichts unserer Enthüllungen über den Hallischen Nazi-Sumpf ist zu deutlich erkennbar. Sie können dieselbe auch nicht durch die dreistesten Schwindel-Erklärungen verbergen, und wenn diese noch so „parteiamtlich" sind.

An alle Stadtteilleitungen!

Die Mitgliederversammlungen der Straßenzellen werden aus dringenden Gründen vom Donnerstag, dem 14. Januar, auf Sonnabend, den 16. Januar, verlegt. Tagesordnung der Straßenzellen-Versammlungen am 16. Jan.: „Die Erwerbslosenbewegung und die Aufgaben der Partei. Das Werbeaufgebot für Partei und Presse".

Die Leitungen der Straßenzellen werden aufgefordert, die Mitgliederversammlungen am Sonnabend, dem 16. Januar, restlos durchzuführen.

BL der KPD Halle-Merseburg, Abt. Halle

Kinder verursachen Stubenbrand. Die Feuerwehr wurde nach einem Grundstück in der Leuchstädter Straße gerufen, wo in einer Wohnung eines Hinterhauses ein Stubenbrand entstanden war. Zwei Kinder im Alter von 4 und 5 Jahren hatten in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern gespielt und dabei die Ruhebett in Brand gesetzt. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Der Sachschaden ist gering. Personen sind nicht verletzt worden.

Schießerei in der Innenstadt. — Sechs Studenten verhaftet. Am Dienstag früh wurden in der Großen Nikolaistraße mit mehreren Schreckpistole zwei Schreckschüsse abgegeben. Sechs Studenten wurden den Polizeirevier zugeführt. Wer von ihnen der Täter ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Pistole wurde von Beamten auf der Straße gefunden.

Straßenbahner, heraus!

Am Donnerstag, dem 14. Januar, 9 Uhr und 17 Uhr finden im Lokal Bartsch, Marienstraße, öffentliche Straßenbahnerbelegschafts-Versammlungen statt. — Kollegen, erscheint restlos!

Betriebszelle der KPD und Betriebsgruppe der RGO

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0006

Rund um die Hindenburg-Kandidatur

Der Reichskanzler hat am Dienstag nachmittag dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen zur Herbeiführung seiner parlamentarischen Wiederwahl zum Reichspräsidenten erstattet. Der Reichspräsident hat hierauf, wie verlautet, den Reichskanzler erneut gebeten, keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

An den zuständigen Stellen steht man auf dem Standpunkt, daß jetzt Bemühungen von irgendwelchen Amtsstellen unangebracht sind und daß nunmehr alle weiteren Maßnahmen „aus dem Volke heraus" kommen müssen. Man hält hierfür die Bildung eines Ausschusses für zweckmäßig, wie er bereits seinerzeit bei der Wahl Hindenburgs (Ebobell-Ausschuß) gebildet wurde. Welche Persönlichkeiten für die Bildung eines solchen Ausschusses in Frage kommen und wer die Führung dieses Ausschusses übernehmen soll, muß den Verhandlungen der in Frage kommenden Stellen überlassen bleiben.

Gestern veröffentlichte Hugenberg sein Schreiben an Brüning, in dem er sich als Hüter der Weimarer Verfassung aufspielt und deshalb eine Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs durch den Reichstag ablehnt. Gleichzeitig gibt Hugenberg mit geschraubten Worten zu verstehen, daß er für eine Wiederwahl Hindenburgs mit dem Stimmzettel zu haben sei.

Hitler hat Brüning auf den Wahlvorschlag Hindenburgs überhaupt nicht geantwortet, sondern wird in einem Erwiderungsschreiben an Hindenburg selbst dem Marschallpräsidenten mitteilen, daß die Nazis als Hüter der Weimarer Verfassung nur für eine Wahl Hindenburgs durch den Stimmzettel zu haben sind. Das Schreiben, das lediglich zur persönlichen Unterrichtung des Reichspräsidenten dient, soll nicht veröffentlicht werden.

Die SPD ist über den Ausgang des Präsidentschaftskuhhandels ziemlich betrübt, weil den SPD-Führern zweifellos eine Wiederwahl Hindenburgs im Reichstag gelegener gewesen wäre. Aber der zeitnahe „Vorwärts" gibt bereits zu verstehen, daß auch die SPD nichts dagegen einzuwenden hat, wenn Hindenburg als gemeinsamer Kandidat aller Parteien gegen den kommunistischen Kandidaten Thälmann im Stimmzettelwahlkampf aufgestellt wird.

Preußische Notverordnung soll bleiben!

(Eig. Meldung.) **Berlin**, 12. Januar.

Im Beamtenausschuß des Preußischen Landtags wurde am Montag und Dienstag eine Anzahl Anträge, die eine Milderung der preußischen Notverordnung vom 12. September 1931 — keine Schlechterstellung von Beamten und Lehrern gegenüber den Reichsbeamten, keine Senkung der Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Angestellten unter den Stand vom 10. Januar 1927 — fordern, beraten.

Die Abgeordneten der Notverordnungsdiktatur-Parteien jammerten, um die empörten Angestellten und Beamten erneut zu täuschen, über die „großen Härten, welche durch die Notverordnung hervorgerufen worden seien".

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Kasper, der die Demagogie der Notverordnungsparteien anprangerte. Diese Parteien haben durch ihr Verhalten verhindert, daß der kommunistische Antrag auf völlige Aufhebung der Notverordnung überhaupt nur im Landtage verhandelt würde. Auch jetzt wollen diese Parteien keine Aenderung der Notverordnung, sondern versuchen, die Beamten durch schöne Redensarten zu trösten.

Wie recht Genosse Kasper hatte, zeigte die Erklärung der Preußenregierung, die Staatssekretär Schleußner abgab. Der Staatssekretär sagte, die Preußenregierung habe die Notverordnung nicht aus eigenem Entschluß, sondern als verlängerter Arm der Brüning-Regierung erlassen. Die Regierung muß darum auch alle vom Landtag angenommenen Anträge auf Milderung der Notverordnung ablehnen.

Aus der Diskussion verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die SPD-Redner versuchten, von der preußischen Besoldungsordnung, die von der SPD-Regierung mit Hilfe der SPD-Fraktion geschaffen wurde, abzurücken.

Aus dem Verhalten aller Parteien im Beamtenausschuß können die unteren und mittleren Beamten und Angestellten erkennen, daß nur die Kommunistische Partei ihre Interessen vertritt, und daß es darum notwendig ist, sich in die rote Einheitsfront unter Führung der KPD einzureihen.

Enthaftung des Bauernführers Hein abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. Januar.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages lehnte am Dienstag nach einer längeren Diskussion den Antrag der kommunistischen Fraktion, den Bauernführer Hein aus der Haft zu entlassen, ab. Die SPD stimmte selbstverständlich gegen den kommunistischen Antrag.

Turnschuhe ★ billig ★ Gummi-Bieder

Arbeiter-Sport

Rote Betriebssportgruppe in Halle im Betrieb Haaßengier gebildet

Im Kampf der roten Sportler gegen die gelben Sportvereine, gegen die Werksgemeinschaften, ist in Halle der erste Schritt gelungen. Die Jungarbeiter der Metallgießerei Haaßengier traten kommenden Sonntag, den 17. Januar, ½15 Uhr, auf den neuen Sportplatz von Atlas, Merseburger Straße, gegen eine Erwerbslosen-Jugendmannschaft von Atlas Halle zu einem Fußballspiel an.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft, das Spiel zu besuchen. Wir stehen mitten im Kampf zur Gewinnung der burgerlichen und reformistischen Sportler. Wir müssen im Abwehrkampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung geschlossen stehen. Wir müssen Aufklärungsarbeit leisten, müssen die Grundsätze der revolutionären Arbeiterbewegung den sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeitern bekannt geben und sie von den Einfluß ihrer Führer loszulösen verstehen. Wir müssen ihnen klar machen, daß der Kampf gegen den Faschismus und gegen die Wirtschaftskrise nur durch eine geschlossene Front unter Führung der KPD erfolgreich geführt werden kann.

Schließt die Reihen der roten Front. Rote Sportler müssen die Avantgarde des Proletariats werden.

Betriebe! Meldet weitere Betriebsmannschaften. Rüttelt die unschlüssigen Elemente auf, bildet Kontrollausschüsse, die eine systematische Bearbeitung durchführen.

... und in Eisleben

Aus Eisleben erreilt uns dieselbe Kunde. 15 Uhr stellt sich zu einem Handballspiel die Betriebssportgruppe des Wolfsschutzes gegen Oberröblingen 1, 16 Uhr Eisleben—Oberröblingen 2.

Arbeiter! Heraus zu den Betriebsspielen. Werbt für den roten Klassensport.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Durch Ausfall der Serienspiele am 3. Januar sind die Spiele, auch Gesellschaftsspiele, zum Sonntag, dem 17. Januar, umgeändert. Die Vereine wollen dieses beachten, um Irrtümer zu vermeiden. Die Spiele mußten geändert werden, um nicht in Terminnot zu geraten.

1. Serienspiele am 17. Januar

532	½15 Uhr	Teicha 1—Fortuna 1		Kleinschwager, Bruchdorf
519	½15 „	Brachstedt 1—Diemitz 1		Willig, Reideburg
458	15 „	Atlas 2gd.—Ammendorf 1. Jgd.		Diemitz
517	½15 „	Sportbrüder 1—Viktoria 1		Adig, FSV
534	½15 „	Lieskau 1—Teutha 1		Heinrich, Wörmlitz
645	½15 „	Delitz 1—Langenbogen 1		Wörmlitz
666	14 „	Diemitz 2—Sportbrüder 2		Teutonia
574	½15 „	SSC 1—Bettin 1		Jänicke, Wörmlitz
904	11 „	Lieskau 2—Viktoria 4		Brachwitz
569	½15 „	Atlas 1—ASV 1		Stone, Trotha
956	¼14 „	Brachstedt 2gd.—Löbejün 2gd.		Minerva

Nr. 666, 511, 560 erhalten Ammendorf 2, Löbejün 1 und Reideburg 1 die Punkte, da Gegner auf die Austragung der Spiele verzichten.

Brandt, Küster.

Am Sonntag, dem 17. Januar, findet auf dem Atlas-Platz, Merseburger Straße, folgendes Treffen statt:

124 ½15 Uhr Atlas Erwerbslosen-Jgd.—Fr. Haasengier Betriebsjugend — Weiße, Wörmlitz

2. Gesellschaftsspiele am 17. Januar

73	10 „	Lieskau 2gd.—Viktoria 2gd.	Cölme
74	9¼ „	Lieskau 2—Viktoria 2	Cölme
75	10 „	Reideburg 2—Brachstedt 2	Gräbers
76	9¼ „	ASV 2—Döllnitz 2	Viktoria
77	11 „	Gräbers 3—ASC 3	Bruchdorf
78	9¼ „	Gräbers 2—ASV 2	Bruchdorf
79	½15 „	Gräbers 1—Döllnitz 1	Gäbler, ASC
80	½11 „	FSV 2 2gd.—Bruchdorf 2gd.	ASV
81	½12 „	FSV 1 1gd.—ASC 1 1gd.	Sportlust
82	½10 „	FSV 4—Wörmlitz komb.	Minerva
83	11 „	Crölmlitz 3—FSV 3	Bettin
84	¾13 „	Crölmlitz 2—FSV 2	Trotha
85	½15 „	Crölmlitz 1—FSV 1	Damm, Fortuna
86	½12 „	Cölme 2gd.—Scherben 2gd.	Brachwitz
87	¾13 „	Cölme 2—Scherben 2	Brachwitz
88	¾13 „	Cölme 1—Scherben 1	D. Förster, Bettin
89	11 „	Giebichenstein 3—Zörbig 3	Teutonia
90	¾13 „	Giebichenstein 2—Zörbig 2	Wörmlitz
91	½15 „	Giebichenstein 1—Zörbig 1	Thieme, Teicha
92	11 „	Möglich 3—Ostrau 3	ASC
93	¾13 „	Möglich 2—Ostrau 2	Diemitz
94	½15 „	Möglich 1—Ostrau 1	König, Sportbrüder
95	11 „	ASV 3—Döllnitz	Minerva
96	11 „	Bruchdorf 3—Wegmar 3	Döllnitz
97	¾13 „	Bruchdorf 2—Wegmar 2	Döllnitz
98	½15 „	Bruchdorf 1—Wegmar 1	Bergmann, Gräbers
99	¼12 „	Könnern 3gd.—Minerva 3gd.	Beesenlaublingen
100	¾13 „	Könnern 2—Minerva 3	Beesenlaublingen
101	½15 „	Könnern 1—Minerva 2	Rausch, Teicha
102	½10 „	Atlas 2—Sportlust 2	Crölmlitz
103	½15 „	Teutonia 1—Wörmlitz 1	Henrich, Zörbig
104	¼13 „	Brachwitz 2—Beesenlaublingen 2	Friedrichschwerz
105	14 „	Brachwitz 1—Beesenlaublingen 1	Friedrichschwerz
106	¾13 „	Löbejün 2—Reideburg 2	Priester
107	½15 „	Löbejün 1—Reideburg 1	Greiff, Trotha
108	¾13 „	Delitz 2—Langenbogen 2	Scherben
109	10 „	Teicha 2gd.—Bettin 2gd.	Brachwitz
110	¼10 „	Ammendorf 4—Fortuna 4	Merseburg
111	11 „	Ammendorf 3—Fortuna 3	Wegmar
112	¼13 „	Ammendorf 2—Fortuna 2	Merseburg
113	½13 „	Ammendorf 1—Minerva 1	Baufeld, Viktoria
114	¾13 „	Eisdorf 2—Benndorf 2	Langenbogen
115	½15 „	Eisdorf 1—Benndorf 1	Kakania
116	½15 „	Reideburg 1—Sportlust 1	Rocke, Mötzlich
117	½15 „	Friedrichschwerz 2—Bettin 2	Cölme
118	½15 „	Friedrichschwerz 1—Bettin 1	Cölme
119	½15 Uhr	Priester 2gd.—Sportbrüder 2gd.	Löbejün
120	½10 „	Trotha 3a—Bettin 3	Mötzlich
121	11 „	Trotha 2—Bettin 2	Crölmlitz
122	12 Uhr	Wörmlitz 2gd.—Zörbig 2gd.	FSV
123	13 „	Priester 2—Sportbrüder 3	Löbejün
125	¼14 Uhr	Reideburg 2gd.—Sportlust 2gd.	Bruchdorf

Kakania-Kietleben fährt mit 1., 2. und Jugend nach Eisleben.

Die Disqualifikation der Genossen Beau und Hennig, beide Brachwitz, wird bis zur Wiederverhandlung mit dem heutigen Tage aufgehoben.

Bezirk Halle, Handballsparte

Spieländerungen am Sonntag, dem 17. Januar

Spiel Nr. 264 findet ¼14 Uhr, Nr. 273 findet 12 Uhr statt.

Schriftänderungen

Nr. 265 und 271 leitet Lindenhahn, Gutenberg, Nr. 268 und 270 leitet Fritz Schaal, Wörmlitz.

Freundschaftsspiele

1	12.30 Uhr	Eisdorf 2—Wörmlitz 3	Weber, Schraplau	Schraplau
2	13.30 „	Eisdorf 1—Wörmlitz 2		Reideburg
3	15.00 „	FSV Sprtl.—ASC Sprtl.		

Großes Bühnen-Radrennen

der Hallischen Arbeiterrad- und Kraftfahrer-Vereinigung am Sonntag, dem 17. Januar, 11 Uhr, in Halle, „Lindenhof" Crölmlitz. Entscheidung der einzelnen Rennen im

1 Kilometer, 3 Kilometer, 5 Kilometer und im Mannschaftsfahren.

4	11.00 „	Atlas 2—Wörmlitz Jgd.	Lungwitz, Fiesku	Fiesku
5	12.00 „	Atlas 1—Damünde 1		Fiesku
6	14.00 „	Damünde 2—Gutenberg 2		Gennewitz
7	15.00 „	Teicha 2—Wölmlitz 2		

Am Donnerstag, dem 14. Januar

8. 15.00 Uhr Gennewitz 1—Gutenberg 1 — Müller, Seeben

Bekanntmachungen. Am Montag, dem 18. Januar, ist der Schlußtermin für die Kopfsteuer. Falls selbige bis dahin nicht beglichen ist, erfolgt Spielverbot.

Handballbörse

Am Montag, dem 25. Januar, findet bei Albrecht, Friedrichstraße, 19 Uhr, die Börse statt.

Kegelsparte

Bezirk Halle

Sonntag, den 17 Januar, trifft sich Rauendorf mit Rehlitz im Freundschaftsspiel. Das Spiel findet 13 Uhr in Rehlitz statt. Einen Sieger hier vorzusagen ist schwer. — Am selben Tage treten alle drei Mannschaften des Kreisverbandes zum Uebungsspiel an. Dieselben finden 13.30 Uhr in Passendorf statt. Treffpunkt 13 Uhr am Fichte-Platz.

FGB. Handballsparte (Spielausschuß). Am Mittwoch, dem 13. Januar, findet im „Mansfelder Hof", Mansfelder Straße, unsere erste Spielausschußsitzung statt. Sämtliche Spielführer, Schiris und Berichterstatter haben zu erscheinen. Anfang 19 Uhr. J. A.: G. Gall, H. Herze.

Theater, Konzerte, Vorträge

Spielplanänderung im Stadttheater. Mit Rücksicht auf Erkrankungen im Opern-Ensemble geht am kommenden Freitag an Stelle der ursprünglich geplanten Aufführung von Rossinis „Barbier von Sevilla" das Lustspiel „Was sollt denn, kommt doch" (Nach von Barrn Contters in Szene. Die Premiere des „Barbier von Sevilla" ist auf Montag, den 18. Januar, verlegt.

Walhalla-Theater. Heute Erstaufführung der überaus lustigen Schwankoperette „Frauen haben es gern", Musik von Walter Kollo. (Siehe Anzeige.)

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 14. Januar

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 12 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12.10—14 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. 14.30 Uhr: Filme der Woche. 15 Uhr: Trinkerheilanstalt Gerstebeck bei Dresden. 15.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17.30—17.35 Uhr: Wetterprognosen und Zeitangabe. 17.50 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Hygienefunk. 18.15 Uhr: Steuerrundfunk. 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Spanisch. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft ... 19 Uhr: Der Arbeiter und der Intellektuelle. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21 Uhr: Ingeborg Stier liest Märchen und Legenden. 21.45 Uhr: Musik der Zeit. 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Funkstille.

Wie wird das Wetter?

Donnerstag: Dieses Wetter, Eintrübung, vorübergehend leichte Niederschläge, bei auffrischenden Winden aus südlicher Richtung dauernde ansteigende Temperatur.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Walhalla
8 Uhr Heute zum ersten Male
Frauen haben das gern!
Schwankoperette von Arnold und Bach
Musik von Walter Kollo

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 20 bis 22.15 Uhr
Robinonade
komische Oper von J. Offenbach
Donnerstag 20 bis gegen 23.30
Im weißen Rößl
Revue-Operette von R. Benatzky
Schlg. b. 4. Stammkarten-Rate erbeten

Strickwollen
Handarbeitswollen
kauft man erstklassig u. äußerst billig bei
Herbert Flogel
Textilwaren
Holzweißig
Petersroßdorfstr. 1

Radiogeräte
Schallplatten
von M. 1.25 an
Sprechapparate
Musikinstrumente
Musikhaus Emil Niehle
Weißenfels, Kl. Kalandstraße 5

C. T.
Am Riebedpl. Am Riebedpl.
Ab morgen Donnerstag!
Der einzigdastehende Spitzenfilm des neuen Jahres
Der Hauptmann von Köpenick
Nach dem gleichnamigen erfolgreichen Theaterstück von Carl Zuckmayer mit Max Adalbert und 42 der besten deutschen Bühnendarsteller. — Über den genialen Gaunerstreich des Schusters Wilhelm Voigt lachte die ganze Welt!
Und laut lachen Millionen über den gelungensten aller Filme
Großes Beiprogramm - Tägliche Wochenschau

Hüte / Mützen
Pelzwaren
Schirme
Herren-Artikel
ALBERT
Struszynski
Merseburgerstraße 11 Halle (Saale)

Konsum-Sonder-Woche!
Vom Donnerstag, den 14. bis 21. Januar
ein unerhört billiges Angebot
2 Pfd.-Würfel gute Margarine
1 Pfd.-Tafel gar. reines Cocosfett
zusammen 1.05
Unserem Qualitätsprinzip entsprechend, handelt es sich dabei um durchaus gute Qualitäten, nicht etwa um minderwertige Waren.
Kaufe zur rechten Zeit.
Konsumverein Wittenberg
17 Verteilungsstellen 5000 Mitglieder

Hausfrauen!
Sagt immer bei euren Einkäufen, daß ihr Abonnenten des „Klassenkampf" seid!

Als Abschluß unseres großen
Inventur-Ausverkaufs
Mittwoch bis Sonnabend
Reste Abschnitte Rest-Posten
zu teilweise bis 50 Proz. ermäßigten Preisen
Joske Weißenfels

Achtung! Sportfraktion!

Alle in der Partei organisierten Sportler werden hiermit für Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr zu einer wichtigen Fraktionssitzung im Saal der Produktiv eingeladen. Es darf kein Genosse fehlen, insbesondere müssen die Fraktionsleiter der einzelnen Vereine zur Stelle sein.

Ferner sind eingeladen die Fraktionsleiter der Vereine aus dem Agitationsbezirk Halle. Sportfraktionsleitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0007

Halle

Sparkasse des Saalkreises

Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater

35 Nebenstellen

Wir dienen dem Volke 33424

Beleuchtungskörper, Apparate für Gas und Elektrizität
Bequeme Zahlungsbedingungen 33052

Stadt-Geschäft Halle G. m. b. H.

Fernruf 25654 — Große Ulrichstraße 54

Färberei Naumann & Co.

Jacobstraße 39 33144

Lebensmittel?

Nur im Konsumverein,

★ Jede Arbeiterfamilie muß Mitglied sein!

33649

RK

Bei **KARSTADT** kaufen, heißt **gut und billig** kaufen!

Kathreiners Malzkaffee 33423

ist billig, nahrhaft und darf in keinem Haushalt fehlen!

Gebr. Kroppenstädt

Möbelfabrik — Große Märkerstraße 4

Aeußerst günstige Zahlungsbedingungen 33422

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze

Krukenbergstraße 7 — Geschäftsstelle des deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 33647

Vervielfältigungs-Apparate u. Zubehör

Schreibmaschinen

auch gebrauchte, ständig am Lager

— **Große & Wittan** —

Wolfenhauerring Nr. 3 33839

Anna Rabel

Lebensmittel — hausschlachtene Wurst 33826

Ludwigstr. 41

Radio-Achtel

Günstigste Teilzahlung

Moritzzwinger 15, Tel.

Drogerie

Bölberger Weg 56, an der Pad.

Farben — Photo — Seifen

Bevorzugt

Fyffes-Bananen

Nähmaschinen-Reparatur

nur bei Hans Ge

Lauchstädter Straße

Reparaturen auf Wunsch auch am Ha

Haflema Hallesche Fleischsalat- u. Mayonnaisenfabrik G. m. b. H. — la Qualitäten

Jakobstr. 25. Ruf 31288 und 32709 33418

Das Haus der guten Qualitäten und der billigen Preise

33421

Brummer & Benjamin

Halle, Große Ulrichstraße 22–25, Rannischer Platz

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molkere

Reserviert 5

Koche, brate, backe elektrisch! Kauft nur in Fachgeschäften

August Thurm's Nacht.

Reitstraße 10 33837

empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren

Wo??? in Halle 33838

verlebt man die angenehmsten und gemütlichsten Stunden??

Im Café Freischütz

Inhaber: H. Hartung. Tägl. von mittags 12 Uhr bis 1 Uhr nachts geöffn. Sonnabends bis 3 Uhr u. Sonntags bis 2 Uhr nachts geöffn.

Betten-Graf 33841

Aeltestes Spezial-Geschäft am Platze

Bettfedern, Inlette, Bettwäsche, Matratzen

Marktplatz Nr. 10/11

Franz Conrad 33824

Kolonialwaren, hausschlachtene Wurstwaren

Torstraße 28

Gebt für die Rote Hilfe

Anna RICHTER, Lebensmittel

Spezialität: Hausschlachtene Wurstwaren

Kl. Ulrichstraße 18 33846

R. Donnerstag

alle Lebensmittel 33817

Fleischerei **Teichstraße 5**

33033

KRENTER INDIANER

Rein Uberse-Zigarre und doch nur 10 ₰

Im Hotel „Weltkugel" am Bahnhof

ißt man am besten! 33420

„Lindenhof"

Cröllwitzer Straße 15

Treff ● der organisierten Arbeiterschaft 33697

M. Schellenberger

Kolonialwaren, Spez. hausschl. Wurstwaren. Benkendorfer Str. 80 33651

E. Weidling

Lebensmittelhandlung, hausschl. Wurst

Hirtenstraße 7 33652

Immer gut und am billigsten

im Bettenhaus **Bruno Paris**

Halle S. Kl. Ulrichstr. 22 bis Domplatz 9

33054

Möbel

bei **O. Bernhardt**

Herrenstraße 19 33141

Polzin's Restaurant

Verkehrslokal der org. Arbeiter — **Torstr. 29** 33658

Otto Fricke, Fischerplan 1

Ecke Herrenstraße 33690

Kolonialwaren — Hausschlachtene Wurst

Franz Henze, Böllberger Weg 7

Weiß-, Woll-, Papierwaren 33691

R. Kleemann

nur Moritzzwinger 9

Augenoptik — Feldfecher — Photoartikel

Lieferant aller Krankenkassen 33693

33694 **Gasthof Wörmlitz**

Verkehrs- u. Ausflugslokal der Hall. Arbeiter. Inh. Kurt Körner

Johannes Thurm

Roßschlächterei 33142

Glauchaer Straße 19

Deutsches Gesellschaftshaus

Leipziger Str. 63

Saal mit Garten und Restaurant

Telefon 25983 33425

Johannes Meister, Jakobstr. 57 33653

Schuhreparatur, reell u. preiswert

Drogen, Farben, Foto, Seifen, Haushaltungsartikel. 33692 — 33137 **Heinz Schmidt** Kolonialwaren **Hirtenstraße 14** Ecke Lerchenfeldstr.

Bruno Pretzsch

Moritzzwinger 1

Emmy Quentin

Weiß-, Woll- u. Kurzwaren 33654

Glauchaer Str. 40

Max Ufer

Lebensmittel

Glauchaer Straße 69 33556

Amag-Schuhreparatur

Fritz Keller, Schnell sauber, preiswert.

Glauchaer Str. 71a 33655

Adler-Drogerie. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien. **Königstraße 14,** Ecke Lauchstädter Str. 33657

Werkzeuge, Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte 33419

Georg Temme, Delitzscher Straße 11

Max Schröder Schwetzschkestr. 16

Bäckerei — Konditorei 33140

Inserieren ist das Gebot unserer Zeit!

Hefe kauft man am besten bei

E. Berger, Kruckenbergstr. 20 33958

Spielwaren

Geschenk-Artikel, Lederwaren 34038

Große Auswahl in Vereinsartikeln

Albin Hentze, Halle a. d. S. Schmeerstraße 24

Empfehlenswerte Einkaufsquelle aller Organisationen!

Möbel-Schaible

Gr. Märkerstr. 26, am Markt 33956

Reserviert 33989

Dein **Fleisch** von **A. Kopf,** Mansfelder Straße 10 und Wochenmarkt 33911

Döllnitzer Mühlenwerke

ff. Weizen — Roggenmehl 33648

Inserieren bringt Gewinn!

33189 Kaufe bei **J. Lewin** Markt 3–7

Hallesche Essig-Fabriken G. m. b. H. 33143

Reserviert 33646

Barbara-Drogerie

Merseburger Str. 104 Tel. 32950

33648 Farben, Tapeten, Photo, Drogen

Karl Conrad 33949

Materialwaren u. ff. Hausschlachten

Merseburger Straße 110

Max Eistermann, Brot- und Feinbäckerei

Raffineriestraße 7 33950

Hugo Grimm, Fleisch- und Wurstwaren

Raffineriestr. 36 33951

Hans Mallon G. m. b. H.

Lebensmittel

Fladigstweg 1

Willy Strunk

Fleisch — Wurstwaren 33828

Schwetzschkestr. 19

33941 **Theodor Seidel**

Kolonialwaren

Steinbar Str. 18

33942 **Walter Titze**

Lebensmittel

Schmiedstr. 19

Treff ● des Südens

Lampes 33945

Bierstuben

Merseburg. Str. 54

Walter Asmus

Haushaltungsgegenstände, Papier- und Schreibwaren 33947

Merseburger Str. 108

Walter Heide 33943

Gastwirtschaft

Lebensmittel

Dieskauer Str. 17

Karl Dietz

Lebensmittelgeschäft 33944

Dieskauer Str. 13

Arbeiter-Verkehrslokal „Granate" 33946

Merseburger Str. 103

Maria Pastwa

Lebensmittel, Hausschlachten, Kolonialwaren **Langest. 20**

Benzin Petroleum 34163

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft

SCHUHWAREN 33957

Friedrich Oehlschläger mit Leipziger Str. 3

Kreß & Co., Bettfedern-Reinigung

Pfännerhöhe 4 34122

Kampf gegen die Kirche 34124

ist Kampf **für den Sozialismus!**

Werdet Mitglied des Verb. Prol. Freidenker

Richard Lieder

Fleisch- und Wurstwaren 34117

Merseburger Str. 21

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 34039

Schuh-ZADEK Nachf., Steinweg 46 33820

Gustav Polzin Auto-Reparat.-Werkstätten u. Transporte

Delitzscher Str. 23 — Tel. 346 89 33822

Josef Ganter / Auto-Werkstätten

Torstraße 31 / Telefon 32677 33823

Obst-Spezialgeschäfte

Berliner Straße — Bernburger Straße — Königstraße

Wilhelm Pfeiffer

Inserieren schafft besseren Geschäftsgang

Reserviert 34165

Hüte, Mützen und Herrenartikel

H. Gutermuth, Halle

Alter Markt 4 34168

Flugplatz-Kasino

Inh. Karl Bessler

Ausflugsort – Verkehrslokal 33136

Möbel

Geschmackvolle 34040

Wohnungseinrichtungen zu bekannt billigsten Preisen

Gebr. Junghlut

Halle a. S.

Albrechtstr. 37

Reserviert 6 34037

Schokoladen u. Zuckerwaren

Tornow, Leipziger Str. 82 34036

Die billigste Bezugsquelle

Hannemann, Rannische Str. 7 34033

Das gute Riebeck-Bier!

Eßt "Müller-Brot" 34032

Café Burghof

Paradeplatz 1 — Inh.: H. Strutz

Täglich Stimmungsmusik 34347

Angenehmer Familienaufenthalt

Tabak-Ecke 34148

Merseburger Straße 20

Zigarren, Zigaretten, Tabake

Naturheil-Institut 34150 **H. KUNTZ**

Schmeerstraße 5

Halle-Cröllwitz

Lebensmittel u. Kohlen 34426

A. Richter

Weißenburgstr. 1

Reserviert

H. Lindemann

Inh. Carl Hofmeister

Trinkt Freyberg Bräu!

Sepp Zimmermann

Naturheilkundiger

Sprechzeit: Mittwoch 6–8 Uhr, Sonntag 1–6 Uhr, Sonntag 10–12 Uhr. Gesundheitsfleische, Zucker, Mehl mitbringen

Otto Ulbricht Fleisch- und Wurstwaren 34119

Glauchaer Str. 28

Berta Ne

Kolonialwaren hausschl. Wurst

Wolffstr. 2

Gustav Bauer, Polsterwaren

Leipziger Straße 173

Autopolstern, Umarbeiten u. Reparaturen

Sofas, Chaiselongues

Wo ißt man am besten?

Bei Strohs Nachfolger

Leipziger Straße 54 (am Riebeckplatz)

Alfred Pfautsch

Stempelfabrik

Große Nikolaistr. 6. — Fernruf

Willy Trefflich

Roßschlächterei

Klausstraße 30

empfiehlt sich der Gewerkschaft zur gütigen Beachtung 34034

Unterstützt die Schnell-Schuhreparaturwerkstatt Behrendt

Merseburger Str.

Wettin

Albert Glaser

Bäckerei 33989

Könnernsche Straße 73

Reserviert

Halle-Trotha

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Otto Nilius

Trothaer Straße

33191

Otto Wucherer, Trothaer Straße

Kolonialwaren, Spirituosen

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Molkerei Trotha, Telef. 26486

Wettin

Genossenschaftler!

deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft!

„Engelhardt-Biere" überall

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0008

Unser Feldzug gegen die Presse der Volksfeinde

Lügen des „Volksblatt" festgenagelt

Das „Volksblatt" sowie die übrige arbeiterfeindliche Presse brachte am 7. Januar 1932 folgende Notiz:

Ammendorf. Nächtliches Intermezzo. Letzte Nacht gegen 0.30 Uhr wurde ein Schutzpolizeibeamter in der Malderiristraße von einem Arbeiter aus Ammendorf tätlich angegriffen. Der Polizeibeamte wehrte den Angriff mit dem Polizeiknüppel ab. Als der Arbeiter dem Polizeibeamten den Gummiknüppel entreißen wollte, sprang der Diensthund des Beamten den Angreifer mehrere Male an und zerriß ihm die Jacke. Sichtbare Verletzungen hat der Arbeiter nicht davongetragen.

Dazu erfahren wir von dem betroffenen Arbeiter folgendes: Ich kam am 6. Januar, nachts 12 Uhr, auf dem Nachhauseweg in Konflikt mit dem Polizeibeamten dadurch, daß der Hund, den der Beamte mitführte und der frei herumlief, mich ankurrte. Ich jagte den Hund, ohne den Beamten bemerkt zu haben, fort. In diesem Moment erschien aus der Dunkelheit der Schupo und schnauzte mich an: „Scheren Sie sich nach Hause!" Zu bemerken ist, daß der Arbeiter etwa 20 Meter von seiner Behausung entfernt war, also gar kein Anlaß vorhanden war, so energisch von seiten des Polizeibeamten einzugreifen.

Nach einigem Wortwechsel schlug der Beamte mit dem Gummiknüppel dermaßen auf mich ein, daß ich mich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Ferner hat der Hund mir den ganzen Anzug vollständig zerfetzt und ich trug auch körperliche Bißwunden davon.

Der Arbeiter legte uns folgende ärztliche Bescheinigung vor:

Dr. med. Franz Wolff
prakt. Arzt

Ammendorf, den 8. Januar 1932.

Aerztliche Bescheinigung.

Herr Karl Müller, Maideritzstraße 17, kommt heute in meine Sprechstunde und klagt über Kopf- und Kreuzschmerzen, weil er nach Angabe Schläge mit dem Gummiknüppel erhalten hat. Der Befund ist folgender: Ueber den Rücken, oben im Schulterbereich, gehen mehrere (ca. 3—4 Stück) blaurote, ca. zweifingerbreite Längsstreifen, die geschwollen und druckempfindlich sind. Der Hinterkopf ist auch etwas geschwollen und druckempfindlich. Auf der Bauchdecke, im Magendreieck, ist eine einige Zentimeter lange Längsbißwunde, die nach Angabe durch Hundebiß entstanden ist. Die Angaben sind nach Form der bezeichneten Stellen glaubwürdig.
ges.: Unterschrift.

Die Gegenüberstellung zwischen dem Bericht des „Volksblatt" und dem durch ärztliche Bescheinigung beglaubigten Bericht des Arbeiters macht an einem kleinen Beispiel klar und deutlich, was auch in der großen Politik jeden Tag festzustellen ist, daß das „Volksblatt" sowie die ganze SPD-Führung gegen die Arbeiter gerichtet ist, daß diese Leute auf der Seite der Kapitalisten und ihres Staatsapparates stehen. Klassenbewußte Arbeiter haben mit diesem Blatt, das sich in nichts von der gesamten bürgerlichen Presse unterscheidet, nichts zu tun. Sie lesen den „Klassenkampf" und das „Mitteldeutsche Echo" und kommen zur Kommunistischen Partei.

Könnern stößt vor

Losung: Das Versäumte aufholen!

Die Ortsgruppe Könnern hat einen Wettbewerb zwischen den Zellen abgeschlossen, um das im vergangenen Quartal im Aufgebot der Hunderttausend nicht Erreichte noch bis zum Abschluß des Quartals nachzuholen. Geworben werden sollen jeden Monat des Quartals von jeder Straßenzelle 2 „Klassenkampf"-Leser, 5 „Echo"-Leser, 5 Mitglieder für die Partei und 5 Mitglieder für die RGO, und zwar haben den Wettbewerb abgeschlossen: Zelle 1 gegen Zelle 5, Zelle 2 gegen Zellen 3 und 4, Zelle 5 gegen Zelle 7. Weiterhin soll eine Jugend-Ortsgruppe neu aufgebaut werden. Diejenige Zelle, welche am schlechtesten arbeitet, bekommt den Krebs.

13 neue Mitglieder in Roßleben

Verstärkte Werbung für den „Klassenkampf"

Die Ortsgruppe Roßleben ist in den letzten Tagen sehr aktiv aufgetreten und hatte die Möglichkeit, 13 neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Durch die Werbung von 8 Genossen aus Eßmannsdorf konnte hier die Gründung einer Ortsgruppe vollzogen werden. Desgleichen tritt die Ortsgruppe in der Werbung für den „Klassenkampf" stärker hervor. Durch einen gut organisierten Einzelverkauf, wöchentlich 240 Exemplare, hatte sie die Möglichkeit, jetzt erneut 6 Abonnenten für den „Klassenkampf" zu gewinnen. Zu dem Zeitungsverkauf werden eine Anzahl Mitglieder herangezogen. Der Genosse B., der erst vor kurzem von der Sozialdemokratie zu uns kam, ist der aktivste Zeitungsverkäufer. Allein am 8. Januar hat er 52 Exemplare vor der Stempelstelle verkauft.

Bauern kämpfen gegen Zwangsenteignung

Der Landwirt Jantzsch in Gonna bei Sangerhausen hatte eine schöne Wirtschaft von 70 Morgen. Er ist in der ganzen Gegend bekannt als außerordentlich fleißiger und tüchtiger Landwirt. Seine Felder waren mit die besten in der ganzen Dorfgemarkung. Um die Wirtschaft zu verbessern und auszubauen, hat er von der Spar- und Darlehnskasse eine Hypothek von 8000 Mark aufgenommen. Das Grundstück war außerdem mit einer Restkaufhypothek von 18 000 Mark belastet, hatte aber einen Wert von mehr als 50 000 Mark. Für die Spar- und Darlehnskassen-Hypothek mußten 12 Prozent Zinsen bezahlt werden, während die Kasse selbst das Geld von einer Großbank für 10 Prozent erhielt, also noch 2 Prozent daran verdiente.

Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse war Jantzsch nicht mehr in der Lage, die hohen Zinsen aufzubringen. Die Spar- und Darlehnskasse bedrängte den Mann immer mehr, sie zwang ihn, ihr seinen ganzen Besitz zu übereignen. Ende Dezember erwarb sie in einer Zwangsversteigerung die Grundstücke zu einem Schleuderpreis und verkaufte sie dann in kleineren Stücken zu einem weit höheren Preis an einzelne Landwirte; machte also aus der Not des Landwirts ein gutes Geschäft. Durch den Verkauf der Grundstücke waren die Schulden von Jantzsch an die Spar- und Darlehnskasse schon mehr als gedeckt. Trotzdem wollte am 11. Jan. die Spar- und Darlehnskasse auch noch das ihr zur Sicherung übereignete lebende und tote Inventar im Werte von 5000 Mark zur Zwangsversteigerung bringen. Sie gab in den Zeitungen bekannt, daß der Besitzer das Inventar versteigere und erweckte damit bei den Bauern der Umgebung den Eindruck, wie wenn Jantzsch selbst die Versteigerung durchführen würde.

Die Bauern wurden bereits in drei Versammlungen, die der Reichsbauernbund am 9. und 10. Januar durchführte, darüber aufgeklärt, daß die Spar- und Darlehnskasse gegen den Willen von Jantzsch seine Habe versteigern läßt. Sie wurden darauf hingewiesen, daß es ihnen allen jeden Tag auch so gehen kann wie dem Kollegen Jantzsch und daß sie sich nur durch gegenseitige Solidarität vor der Zwangsenteignung durch die Banken schützen können. Bereits diese Aufklärung der Bauern sollte durch den Landjäger im Auftrag des sozialdemokratischen Landrats Seemann verhindert werden. Das gelang jedoch nicht, da sich der Referent des Reichsbauernbundes streng im Rahmen der Notverordnung hielt.

Die Zwangsversteigerung war für Montag, 11. Januar, vormittags 10 Uhr angesetzt. Ungefähr 300 Bauern waren aus der ganzen Umgebung zusammengekommen, teils um zu kaufen, in der Annahme, daß Jantzsch selbst seine Habe versteigere, teils um ihren Kollegen vor der Versteigerung zu schützen. Ungeheure Empörung herrschte unter den Bauern gegenüber der Spar- und Darlehnskasse, als sie gewahr wurden, daß diese gegen den Willen von Jantzsch die Zwangsversteigerung angesetzt hatte. Es waren auch eine größere Anzahl kommunistische Erwerbslose von Sangerhausen erschienen, die ihrerseits die Bauern aufforderten, kein Gebot abzugeben. Ein Bauer, der den Stahlhelm angehört, forderte laut das zu auf, wieder nach Hause zu gehen. Der Vertreter des Reichsbauernbundes erklärte, daß jeder, der hier ein Angebot abgebe, als Bauernfeind, als Volksfeind betrachtet werden müßte. Er forderte die Bauern auf, ein Komitee zu wählen, das die weitere Entwicklung der Dinge beobachten und weiterhin die Enteignung ihres Kollegen Jantzsch verhindern solle. In diesem Augenblick wurde er jedoch von der Polizei, die zahlreich aus der ganzen Umgegend zusammengezogen war, am Weitersprechen verhindert.

Die empörte Haltung der Bauern veranlaßte den Gerichtsvollzieher, die Zwangsversteigerung für aufgehoben zu erklären.

Lange Zeit standen die Bauern noch in Gruppen im ganzen Dorf auf den Straßen umher und diskutierten lebhaft über dieses Ereignis. Ueberall konnte man hören: **„So ist es richtig!", „Das habt ihr gut gemacht!", „So muß es auch in Zukunft gemacht werden."**

In einer anschließenden Besprechung in der Schänke mit dem Vertreter des Reichsbauernbundes kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Spar- und Darlehnskasse jetzt versuchen werde, das gepfändete Inventar unter Hand zu einem Schleuderpreis zu verkaufen. Die Bauern waren sich einig, daß jeder, der es versuchen sollte, ein Stück aus der Pfandmasse zu erwerben, in der Oeffentlichkeit entsprechend angeprangert werden müsse.

„Notverordnung ist Nationalismus"

Die letzte Nummer des unter nationalsozialistischer Führung stehenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes veröffentlichte u. a. einen Artikel mit der Ueberschrift „Nationaler Sozialismus in der Notverordnung". Im nachstehenden bringen wir einen kurzen Auszug daraus ab. Einen Kommentar wird sich jeder Leser selbst machen können:

„Nennt man es Sozialismus, wenn man alle privaten Abmachungen unter die Autorität der Staatsgewalt zwingt, so muß man den Sozialismus der neuen Verordnung des Reichspräsidenten als nationalen Sozialismus bezeichnen. Denn er wird nicht durchgesetzt, um ein wirtschaftspolitisches Ideal zu erfüllen, sondern um einem nationalen, außenpolitischen Zweck als Stütze zu dienen!

Betrachtet man diesen Vorgang innenpolitisch, so müßte man sagen, die Regierung nimmt einen Teil der Forderungen ihrer Opposition ins eigene Programm auf. So etwas fordert immer eine Opposition zum Spott heraus; in Wirklichkeit ist es eine uralte politische Weisheit, das historisch Notwendige aus dem Programm der Opposition zum Inhalt der Regierungshandlungen zu machen."

Protest gegen Notverordnung

A.-R. Dölnitz. In der Generalversammlung des Arbeitergesangvereins, die am 10. Januar im Gasthaus zum Bad stattgefunden hat, erhoben die Mitglieder den schärfsten Protest gegen die von Reichskanzler Brüning herausgegebene 4. Notverordnung. Die Versammlungsteilnehmer sehen durch die Notverordnung weitere noch größere Schwierigkeiten für das Bestehen aller Kulturorganisationen voraus.

Für unsere Gefangenen

Eine Tellersammlung bei einer Veranstaltung des Arbeiter-Fußballklubs Lichtenburg ergab 4.50 M., die der Roten Hilfe für die politischen Gefangenen überwiesen wurden.

Im Moskauer Funkhaus

Am heutigen Mittwoch, um 18.10 Uhr, wird vom Langenberger Sender ein Vortrag über den Sowjetfunk übertragen. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir nachstehend einen Artikel, der der Nummer 2 des „Arbeitersenders" entnommen ist. Die Redaktion.

Am Abend stehe ich im Sendesaal des Moskauer Radiotheaters, dessen Bühne den besonderen Erfordernissen des Rundfunks entsprechend eingerichtet ist. Ein buntes Gewimmel von Zuschauern füllt den übrigen Raum, der etwa 700 Besuchern Platz bietet. Täglich können sie kostenlos an den Aufführungen des Studios teilnehmen, das durch diese Art von Radiolendungen einen engeren Kontakt zwischen Publikum und Künstlern anstrebt. Gleichzeitig aber verfolgt man durch die Teilnahme der Hörerschaft an den Radiosendungen den Zweck, dem Radio seinen „geheimnisvollen" Charakter zu nehmen und ihn als etwas Selbstverständliches in das kulturelle Leben der Völker der Sowjetunion einzugliedern.

So bringt das Studio unter der Teilnahme der Oeffentlichkeit große Orchesterkonzerte, Kostümaufführungen von Opern- und Dramenwerken aus dem Radiotheater in Uebertragung auf die Sender zu Gehör. Ein ständig im Wachsen begriffenes Ensemble sorgt für eine sich intensiv vorwärts entwickelnde Studiotätigkeit. Beispielsweise zählt allein das Moskauer Radiotheater mehr als 500 mitwirkende Künstler und 95 Aufnahmetechniker, aber schon wird für das kommende Jahr eine Verstärkung der künstlerischen und technischen Kräfte angekündigt.

Während im Radiotheater die Sendung ihren Anfang nimmt, begebe ich mich mit einem Angestellten des Moskauer Rundfunks durch die übrigen Räume des Sendehauses. Den einfach und kahl primitiv ausgestatteten Senderäumen fehlt die luxuriöse Ausstattung der europäischen Funkhäuser. Man „gleitet nicht über dicke Polster und Teppiche oder nimmt in komfortablen Polstermöbeln Platz. Das Moskauer Funkhaus ist keine Welt des Wohlbehagens und des Luxus, wohinter sich die Funkleiter vor der Außenwelt verbergen. Die Türen der russischen Funkhäuser stehen dem Publikum weit offen, denn der Sowjetfunk wird nicht wie der Rundfunk der kapitalistischen Länder von einer im Dienste der kapitalistischen Klasse stehenden Schar Auserwählter „gemacht", sondern muß von unten — aus dem Volke — aufgebaut werden. Und er wird es. „Sehen Sie hier!" Damit führt mich mein Begleiter in einen großen Raum, in dessen Mitte sich riesige Berge mit Karten und Briefen türmen.

„Was ist das?" frage ich etwas erschrocken.

„Das ist das wichtigste Material für unsere Programmgestaltung. Das ist die Kritik der Oeffentlichkeit. Ein Heer von Rundfunkkorrespondenten arbeitet für uns. Diese Radiokoren erfüllen die gleichen Aufgaben wie die Arbeiter- und Dorfkorrespondenten der Sowjetpresse. Sie zählen viele Tausend und sind vor allem die Mitarbeiter an den Rundfunkzeitungen.

Jeder Bevölkerungskreis hat seine besondere Zeitung. So gibt es neben den Rundfunkzeitungen für Bauern und Arbeiter auch solche für Frauen und Schüler, für Pioniere und den Komsomol sowie Zeitungen für das Genossenschaftswesen, die Gottlosenbewegung und Zeitungen rundfunktechnischer Art, welche alle zum Teil täglich und in längeren Abständen gesendet werden."

„Und diese Zeitungen werden allein durch die Radiokoren geschrieben?"

„Jawohl! Die Radiokoren stehen sogar unter sich und mit den Korespondenten anderer Sender im Wettbewerb zur Erreichung einer größtmöglichen Aktivität unter den Korrespondenten oder sie versuchen durch geschickt durchgeführte Propagandafeldzüge die Arbeiterschaft zur Produktionssteigerung mitzureißen. Ein oft angewendetes Mittel dazu sind die Radioüberfälle auf einzelne Betriebe. Ganz plötzlich wird ein Betrieb von den Radiokoren überrumpelt und der Rundfunk-Oeffentlichkeit zur Kritik gestellt. Der rote Direktor muß sich rechtfertigen und auf die peinlichen Fragen der Radiokoren Rede und Antwort stehen. Mängel und Fehler in der Produktionsweise — unter das Kreuzverhör der öffentlichen Kritik gestellt — werden oft mit Erfolg abgestellt sowie Mißstände im Betrieb beseitigt.

Aehnliche Ueberrumpelungsfeldzüge werden auch auf Schulen und Klubs unternommen. Das Mikrophon wird hier zur Anklagebank. Der kleine, weiße Marmorblock vor dem Angeklagten, der jedes Wort seiner Verteidigung aufnimmt, ist die Rundfunkoffentlichkeit, dieses größte Tribunal eines Volkes."

Nun sind wir in einem Raum eingetreten, in welchem das Büro der Radiouniversität untergebracht ist, deren Hauptziel darin besteht, das sozialpolitische Niveau der Massen zu heben und sie durch die Erlangung einer beruflichen Eignung für die Aufbauarbeit zu qualifizieren. Die Radiouniversitäten sind über die ganze Sowjetunion verbreitet. Ihr Unterricht wird streng beaufsichtigt und die Leistungen der Studierenden von Zeit zu Zeit durch Probearbeiten geprüft. Zurückbleibende erhalten Ergänzungskurse. Außerdem stehen den Studierenden überall mündliche Beratungsstellen zur Verfügung. Nach Ablauf bestimmter Studienabschnitte werden die Studierenden zu Diskussionssitzungen entsprechend ihren Studiengebieten zusammengefaßt.

Im Jahre 1931 gab es in der Sowjetunion mehrere Hunderttausende derartiger Studenten. In diesem Jahre werden es fast eine Million sein. Lachend schließt der Angestellte:

„Die Luft ist eine gewaltige Macht — nicht nur weil Flugzeuge und Zeppeline sie beherrschen, sondern weil wir sie durch den Rundfunk in unsere Dienste gestellt haben und sie gebrauchen und ausnutzen in unserem Sinne zum Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion — und vielleicht auch bald in der übrigen Welt."

G. W. P.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Mittwoch, den 13. Januar 1932.

Der Zeitzer „Volksbote" eine Verleumderzeitung

Wallbaum wühlt im Schlamm und macht Pogromhetze

A.-K. Naumburg. Im „Volksboten" vom 7. Januar 1932 schreibt der korrumpierte Wallbaum einen Artikel und verleumdet unseren Genossen Neubert nach übelster SPD-Art. Politische Argumente sind ihm abhold und so muß dieser Held im Schlamm herumwühlen, um ihren bankrotten Laden in Empfehlung zu bringen. Genosse Neubert hätte einen Schwerbeschädigten links und rechts geohrfeigt, weiter wäre er im hohen Bogen aus dem Hahn herausgeflogen, doppelte Spesen täte er einsteckchen usw. Dies alles kann nur aus dem verkalkten Gehirn eines Wallbaum kommen.

Tatsache ist, daß der Sozialfaschist Ulrich den Beschädigten in die Veranstaltung des JB (organisatorischer Mitgliederabend) als Provokateur geschickt hat. Er wollte daselbst für sich einsammeln.

Genosse Neubert hat dies untersagt, mit der Begründung, daß unsere Mitglieder durch Entzug der Rente in der gehobenen Fürsorge, hervorgerufen durch die Tolerierungspolitik der SPD-Führer, selbst Betteln gehen können, da sie nur 4—8 Mark wöchentlich zu verleben haben, außerdem von diesen Hungerpfennigen noch Miete zahlen müssen.

Weiter bedeutete er ihm, daß er sich in die rote Klassenfront einreihen solle, um dieses System mit beseitigen zu helfen. Darauf beschimpfte der Beschädigte den Genossen Neubert als Idioten und bedrohte ihn sogar. Genosse N. hat darauf nicht reagiert. Der Provokateur verstand es, einige Gäste auf A. zu hetzen und als er das Lokal verließ, stellte er sich in den Weg und wiederholte dasselbe. Genosse Neubert wies ihn energisch zurecht und ein aufgeweckter Gast, der absolut nichts von dem Vorfall gesehen und gehört hatte, schlug aus Unkenntnis den Genossen Neubert beim Hinausgehen auf die Straße von hinten auf den Kopf.

Dieser Schwerbeschädigte hatte kurz vorher die Nazis verherrlicht und die Arbeiter mit Jump und Schuft bezeichnet.

Also war diese Angelegenheit von der SPD provoziert. Was die Spesen anbetrifft, können wir nur erklären, daß wir dieses als hundsgemeine Verleumdung zurückweisen. Neubert ist kein Scheinlank, wo gerichtsnotorisch feststeht, daß derselbe nicht nur doppelte, sondern drei- und vierfache Spesen einsteckt, auch ist er kein Ulrich, der sich seine Arbeit beim Zentralverband der Arbeitsinvaliden gut bezahlen läßt. Auch ist er kein Grunert, welcher in der kapitalistischen Molkerei als Aufsichtsrat funktioniert und dafür eine schöne Summe als Tantieme erhält, ohne die weiteren Vergünstigungen. Die korrumpierte Führerschaft der SPD wollen wir dabei nicht einmal aufzeichnen, der Oeffentlichkeit sind sie hinreichend bekannt. Wenn Wallbaum sich darüber aufregt, daß Herr Richter und Thurm den Invaliden Pferdegehacktes zur Verfügung stellen, dann muß gesagt werden, daß sie besseres, soziales Verständnis haben wie er. Alles in allem haben wir nur Pfui Deibel für diese notorischen Verleumder übrig.*

Arbeiter, Rentenempfänger, wendet euch ab von dieser korrumpierten faschistischen Verleumdergesellschaft, reiht euch ein in die rote Klassenfront, um das heutige Hungersystem auf dem schnellsten Wege zu beseitigen.

Weißenfels-Zeitz

Der Rußlandhetzer Männchen erleidet eine Abfuhr

A.-K. Draischwitz. Die Sozialdemokratie holt zum großen Schlage aus. Wie allen bekannt ist, haben überall die objektiven Berichte der sozialdemokratischen Rußlanddelegierten dahin geführt, daß sich nicht nur einzelne sozialdemokratische Arbeiter von der SPD losgesagt haben, sondern, daß sich, wie in Draischwitz, aus früheren Sozialdemokraten ganze Ortsgruppen der KPD geschlossen haben. Das ist für die SPD eine sehr unangenehme Sache. Besonders, weil es der KPD gelungen ist, gerade in den Orten Fuß zu fassen, die bis jetzt als Hochburgen der SPD galten. Albert Bergholz glaubte, den Schaden wieder wettzumachen, indem er Männchen nach Draischwitz schickte. Dieser sollte den Arbeitern wirklich einmal die „Wahrheit" über Sowjetrußland erzählen.

Was erzählte er? Genau, wie die bürgerlichen Pressekanaillen, so verwandelte auch er sein Referat in eine wüste Rußlandhetze. Er erzählte, daß in der Sowjetunion die Arbeiter des Nachts ihre Wohnbaracken verlassen müßten und es vorziehen, auf der Straße zu kampieren, weil sie sich in ihren Höhlen vor Ungeziefer nicht retten könnten. Er trieb seinen plumpen Schwindel so weit, daß er behauptete, Teile der Arbeiterschaft müßten in einzelnen Industriegebieten sogar in Erdhöhlen hausen. Ueber den Fünfjahrplan behauptete er die Frechheit, sogar das abzustreiten, was bürgerliche Zeitungen unter dem Druck der Tatsachen über die Leistungen des Fünfjahrplans berichten müssen. Ein großer Teil der Versammelten war darüber außerordentlich empört. Besonders kritisierte Männchen, daß die Wahlen zu den Sowjets öffentlich stattfinden. Die übrigen Einzelheiten seines Berichts sind nicht wert, mehr erörtert zu werden.

In der Diskussion erhielt unser Genosse Köllner das Wort, aber nur unter der Bedingung, daß er sich streng an die Ausführungen des Referenten halte. Schon die Frage unseres Genossen Köllner an Männchen, ob er nur zu dem Zwecke die russischen Verhältnisse so grauelig schildere, um dadurch den Arbeitern die Notverordnungen Brünings schmackhaft zu machen, erregte bei den Arbeitern die Lachmuskeln. Weiterhin benutzte unser Genosse seine eineinviertelstündige Redezeit, um in klarer Form alle entstellten Ausführungen richtig zu stellen.

Angesichts dieser klaren und eindeutigen Ausführungen des Genossen Köllner und der ganzen Stimmung der Versammlung hielt es Männchen für geraten, kein Schlußwort zu halten.

Er entschuldigte sich damit, daß er zur nächsten Versammlung abreisen müsse. Es waren aber noch zwei Stunden Zeit bis zur nächsten Versammlung und er hatte mit dem Auto nur eine halbe Stunde Weg. Er hatte also gelnisfen.

Dieser große Erfolg der revolutionären Arbeiterschaft von Draischwitz ist ohne Zweifel eine Auswirkung der gründlichen politischen Massenschulung, die der Genosse Wilhelm Knenen in der öffentlichen Versammlung am Abend zuvor durchgeführt hatte.

Mansfeld-Sangerhausen

Erwerbslosenantrag wird nicht behandelt

A.-K. Bennstedt. In unserem Dorfchen stellten die Erwerbslosen einen Antrag auf Winterbeihilfe an die Gemeindevertretersitzung. Dieser Antrag wurde bis jetzt noch nicht verhandelt. „Weil kein Geld da ist", sagt der SPD-Gemeindevorsteher. Nun, wir Kommunisten sagen, er soll den Antrag zur Verhandlung bringen, und wir werden es ihm schon sagen, wo das Geld hergenommen wird.

Vor kurzem war eine Erwerbslosenversammlung und die Versammlung schickte eine Delegation nach dem Gemeindeamt, um zu fragen, wie es mit dem Antrag stehe. Da sagt der SPD-Gemeindevorsteher, er wüßte es auch nicht, er hatte allein nicht zu bestimmen ... Aber in einem anderen Falle konnte er allein bestimmen, nämlich bei dem Grundstück Böge.

Aber der SPD-Gemeindevorsteher denkt auch an die Erwerbslosen. Aus diesem Grunde ließ er alte Brocken einsammeln. Bei der Sammlung gab der Lehrer Aßmus ein Bett. Dieses Bett nahm gleich der SPD-Mann Wiehner. Und so gingen auch noch andere Sachen gleich bei der Sammlung an gute Freunde weg. Die schlechten Sachen wurden dann an die ärmeren Proleten am 28. Dezember verteilt. So sieht die Politik der SPD aus.

Erwerbslose, haltet fest an euren Forderungen und tretet in die RGO und KPD ein.

Delitzsch-Torgau

Massenschulung

A.-K. Elsterwerda. Am vorigen Mittwoch hielt die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Elsterwerda, im Gesellschaftshaus Hoppenz nach langer Zeit eine öffentliche Versammlung ab. Vor Beginn des Referats gedachten die Anwesenden durch Erheben von den Plätzen der verunglückten Bergkumpels von Oberschlesien.

Darauf ergriff der Genosse Oskar Müller, MdL, zu dem Thema: „Volksfront gegen Faschismus und Brüning-Diktatur" das Wort. Vor zirka 500 Zuhörern zeigte er, ausgehend von den Vorgängen in Indien, China und Japan und den Meutereien der englischen Matrosen, die Faschisierung des Imperialismus auf der einen Seite und die machtende Revolutionierung der werktätigen Massen auf der anderen Seite.

Die internationalen Verwicklungen zwingen auch den deutschen Kapitalismus, mit immer brutaleren Methoden seine Notverordnungspolitik durchzuführen.

Trotzdem die SPD und NSDAP schriftlich zur Diskussion geladen waren, meldete sich kein Gegner zum Wort. Darauf sprach Genosse Scholze über die Mißstände der Stadt Elsterwerda in der Erwerbslosenfrage. Er forderte dazu auf, fester zusammenzustehen, um die Durchführung der berechtigten Forderungen zu erreichen. Genosse Karl Hirsch sprach zur allgemeinen Lage und forderte dazu auf, die rote Einheitsfront zu schmieden.

Rote Einheitsfront gegen Faschisten

A.-K. Freyburg (Unstrut). Der am 5. Januar gewählte Erwerbslosenausschuß wurde vom Magistrat nicht anerkannt und trat auch mit diesen nicht in Verhandlungen ein. Der Bürgermeister behand auf seinem diktierten Ausschuß. Er lud den SPD-Mann Apel und die Genossin Rode zu einer Besprechung mit dem Magistrat ein, zu der auch der Stahlhelmer Reinhold Weigmann (nicht zu verwechseln mit unserem Genossen Otto Weigmann) und der Nazi Lemke anwesend waren. Apel und die Genossin Rode waren sich einig und fragten den Magistrat, ob er den von über 300 Erwerbslosen gewählten Ausschuß anerkenne oder nicht. Die Antwort lautete, daß der Magistrat nur mit den vieren, die er bestimmt habe, verhandeln werde.

Der Sozialdemokrat und die Kommunistin erklärten darauf, die Schiebung nicht mitzumachen und wollten weggehen.

Ein Magistratsmitglied bat sie, da sie beide Stadtverordnete wären, doch als Zuhörer dazubleiben. Das war natürlich ein gefundenes Fressen. Der Nazi Lemke brachte jetzt Anträge, die vom alten Ausschuß schon im November eingereicht waren. Der Stahlhelmer R. Weigmann saß dabei wie eine ausgestopfte Puppe.

Am Abend fand eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, zu der Magistrat und Stadtverordnete, sowie alle Einwohner eingeladen waren. Im Schützenhaus waren 600 Personen anwesend. Viele mußten wieder umkehren, da polizeilich gesperrt wurde. Genosse Hutter eröffnete die Versammlung und erteilte einem Ausschußmitglied das Wort. Dieser nahm Stellung zur Diktatmaßnahme des Bürgermeisters und führte aus, daß nur das verfaulte kapitalistische System schuld hat an dem Elend der Massen.

Nazi Lemke meldete sich zur Diskussion. Er fing an mit „äh, äh!" Die Masse schrie: „Laßt die Hunde los! Trinkt Schwindler!" Er behauptete, was unser Ausschuß nicht erreicht habe, das hätten er und R. Weigmann in einem Tage erreicht. Seine Ausführungen wurden von einem dauernden Hohngelächter begleitet.

Der kommunistische Stadtverordnete Klitzschmüller nahm darauf das Wort und führte aus, daß sich die Erwerbslosen bei Nazis und Deutschnationalen bedanken könnten, wenn unsere Anträge nicht bewilligt werden. Das Magistratsmitglied Dodt erklärte jetzt, daß Lemke gar nichts erreicht habe und daß seine Ausführungen Schwindel waren. Der Nazi Becker (Kreisleiter) wollte im Trüben fischen, machte den Einwurf, wieder frei zu wählen. Die Antwort darauf war ein einziges Hohngelächter.

Genosse Hutter sich abstimmen, wer mit dem gewählten Ausschuß zufrieden ist. Ein Wall von Händen war die Antwort, außer den 20 Nazis. Diese besaßen nicht einmal den Mut, dagegen zu stimmen.

Wie wir erfahren, hatten sich die Nazis von auswärts zur Verstärkung von zirka 100 Mann herangeholt, die in der Geschäftsstelle und in der Gurkenwirtschaft in Alarm bereit lagen.

Alles in allem ist auch in Freyburg der Beweis erbracht, daß die rote Einheitsfront den faschistischen Einfluß zurückdrängen kann.

Oettinghaus in Zeitz

Versammlung polizeilich gesperrt — Hunderte fanden keinen Einlaß!

A.-K. Zeitz. Vorgestern fand im Schützenhaus eine überfüllte Volksversammlung statt, in der die von der SPD übergetretenen Genossen Oettinghaus und Schmidt sprachen. Letzterer beleuchtete die verschiedenen Arten von Einheitsfrontpolitik, in der heute gemacht wird und widmete sich besonders der von der SPD propagierten „eisernen Front".

Die wahre Front der Arbeiterschaft kann aber nicht mit Polizeipräsidenten gemacht werden, kann nicht aus den reformistischen Organisationen herauswachsen, sondern allein aus der Arbeiterschaft selbst.

Die Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden. Genosse Schmidt kam dann auf den Faschismus zu sprechen und wies an den Beispielen: Lohnabbau, Zeitungsverbote usw. nach, daß die von Brüning verfolgte und von der Sozialdemokratie tolerierte Politik schon eine faschistische ist. Nur eine Konsequenz gibt es für den Arbeiter: Eintritt in die rote Front!

Dann ergriff Genosse Oettinghaus das Wort. Was er hat, war mehr als ein Referat über „Rote Einheitsfront gegen Faschismus". Das war der Aufriß der Entwicklung des Reformismus bis zum Bankrott. Drei Argumente führt die Sozialdemokratie immer an, um ihre Tolerierungspolitik zu rechtfertigen: Die Demokratie muß geschützt werden, meinen sie erstens; zweitens Preußen müßte gehalten werden; drittens derzeit sie sich auf die Hitler-Gefahr („nach Brüning Hitler!"). Genosse Oettinghaus beleuchtete die heutige „Demokratie". Den Reichstag hat man entrechtet und von der ganzen Verfassung besteht nur noch der § 48. Die Sozialdemokraten wollen durch ihre Politik Hitler fernhalten, aber man braucht nur auf die letzten Besuche des Nazihäuptlings bei Brüning, Groener u. a. hinzuweisen, um zu wissen, was gespielt wird.

Der Faschismus ist keine Personen- und Parteienfrage, sondern eine Frage der Methode.

Und sind so die Methoden Brünings andere als faschistische? Hitler ist nur der brutalste Vertreter des Faschismus. Die Kaufkraft des Volkes ist nach den Notverordnungen um 16 Milliarden Mark gesunken. Ist es nach all dieser Notverordnung auch nur an einer Stelle besser geworden? Im Gegenteil! Heute gibt es schon 1,5—2 Millionen Arbeitslose mehr, als man ausgestellt angibt. Es ist ein Verbrechen der SPD, den Teufel Hitler immer an die Wand zu malen, um ihre Politik dem Volke schmackhaft zu machen. Der beste Schutz ist eine aktive Politik, die dauernde Defensive ist eine ungeheure Schwäche. Die Nazitruppen rekrutieren sich meistens aus dem zerfallenden Mittelstand.

Aber 1 Million proletarische Kämpfer haben eine größere Stoßkraft als 7 Millionen Nazis.

Dann beschäftigte sich Genosse Oettinghaus eingehend mit dem Arzt am Kapitalismus, Tarnow, der heuchlerisch meint, er wolle die deutsche Arbeiterklasse vor dem „Elend" Rußlands bewahren. Aber wie ist es in Wirklichkeit? Bei uns Elend und Not, in Rußland Aufbau des Sozialismus. Referent belegte diese Gegensätze durch viele Beispiele. Er kommt auf die Rationalisierung zu sprechen, die sich bei der kapitalistischen Produktionsweise für das Proletariat katastrophal auswirkt und erst im Sozialismus zum Segen wird. Heute sind die Ideen des sozialistischen Aufbaus gerade tief in die Reihen der Techniker und Ingenieure eingedrungen. Aber nur durch Kampf ist etwas zu erreichen, nur durch Einheit kommen wir zum Sozialismus. Jetzt muß kleine Bedenken zur Seite stellen und in die rote Front eintreten.

Stürmischer Beifall, der auch oft die Reden unterbrochen hat, zeigte, daß die Zeitzer Arbeiterschaft gewillt ist, der Parole zu folgen.

In der Diskussion sprach Dr. Agricola von der SAP. Er betonte, daß die SAP von der KPD nur einiges in der Taktik trenne. Mit Recht erwiderte ihm Genosse Schmidt, daß es im Interesse des großen Zieles jetzt gelte, kleinliche Bedenken zurückzustellen.

Im Schlußwort ging Genosse Oettinghaus besonders auf die Gewerkschaften ein. Diese sind dazu da, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen, sollen sie überhaupt eine Daseinsberechtigung haben. Es gelte, den Kampf gegen den Reformismus auf der ganzen Linie aufzunehmen und die RGO zu stärken.

Von den Bergholz, Franken und Konsorten meldete sich, wie zu erwarten war, keiner zum Wort. — Dieser Abend war ein voller Erfolg auf dem Wege zur roten Einheitsfront.

Arbeiter, schließt die Reihen im Kampf gegen Lohnabbau, Ausbeutung und Faschismus! Nur der Kampf unter Führung der KPD zerreißt eure Ketten!

Die „Rote Hilfe" ruft!

Zum Tod des Genossen Christel schreibt uns die Rote Hilfe:

Schuld an diesem Todesfall ist wieder einmal die Klassenjustiz, welche den Arbeiter wegen einem geringfügigen Vergehen ungeheuerlich hart bestrafte und im Strafvollzug dann einer Behandlung aussetzte, die dem körperlich geschwächten Arbeiter den Lebensmut nehmen mußte.

Dieser Fall ist wieder einer von den vielen, aus dem die werktätigen Massen die Lehren ziehen müssen, daß der Kampf gegen die Klassenjustiz und die Methode des Strafvollzuges verstärkt werden müssen und der Kampf um die Vollamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen, sowie der Opfer der Notdekrete, den die Rote Hilfe führt, mit aller Kraft unterstützt werden muß.

Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Klassenjustiz und Strafvollzugsmethoden, für die Vollamnestie!

Letzte Kurzmeldungen

Kelbra (Kyffh.). Zwangsetat verordnet. Der Regierungspräsident hat für Kelbra den Zwangsetat verfügt. Da ein gültiger Beschluß über die für das Rechnungsjahr 1931 zu erhebenden Realsteuerzuschläge bisher nicht zustande gekommen ist. Die Grundvermögensteuer wurde vom Regierungspräsidenten auf 195, die Gewerbeertragssteuer auf 540 und die Gewerbekapitalsteuer auf 585 Prozent festgesetzt.

Knappendorf (Kreis Merseburg). Eine Scheune in Flammen. Am Montag abend entstand auf dem Gehöft des Landwirts Krebs ein Brand, der die große Scheune einäscherte. Die Flammen hatten auch bereits den Dachstuhl des Wirtschaftsgebäudes ergriffen und drohten, auch auf das Wohnhaus übzugreifen. Der Feuerwehr gelang es jedoch, diese Gebäude zu retten. Bei der Bergung des Viehes wurde ein Fleischer von einem aufgeregten Bullen gegen die Wand des Stalles gedrückt und erheblich verletzt. Als Entstehungsursache vermutet man Brandstiftung oder Kurzschluß.

Torgau. Der eigene Sohn legte Feuer an! Am 29. Dezember vorigen Jahres brannte das Wilhelmsche Sägewerk in Zeckritz bis auf die Grundmauern nieder. Nunmehr wurde als Brandstifter der jugendliche jüngste Sohn des Besitzers verhaftet. Nach seinen Angaben hatte er den Brand aus eigenem Antrieb angelegt, um seinem Vater und seinem Bruder aus der wirtschaftlichen Not, in der sie sich befanden, zu helfen und die Versteigerung zu verhindern.

Aus dem Saalkreis

Nietleben. Massen heraus! Am Freitag abend, den 15. Januar, findet die LPD-Feier statt im Gasthof zur Sonne. Als Mitwirkende sind gewonnen: Arbeitergesangverein „Lyra" (Gemischter Chor), Arbeiterturnverein (Musiker und Turner), Mandolinen- und Lautenchor. Als Referent erscheint Genosse Kunz. Der Eintritt ist sehr niedrig gehalten: 10 Pf. Jugendliche 50. Besucher erhält einen guten Arbeiterroman. Parteimitglieder sind hiervon ausgeschlossen.

Könnern. Die diesjährige Jugendweihe findet im „Burggarten" statt, und zwar am 20. März 1932. Meldungen nehmen die Genossen Fritz Peter, Könnern, Obere Braunschweiger Straße 1, und Otto Ebner, Burgstraße 1, entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320113-10/fragment/page=0010